

OW 67 16.5.68 0

Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze

Der Rückzug der Hochschulen vom politischen Alltag und das Votum eines Teils der deutschen Akademiker für reaktionäre und faschistische Strömungen hat den Untergang der ersten deutschen Republik mitverschuldet. Wissenschaft, die sich den politischen Kämpfen der Zeit autoritär gegenüberstellt, gibt ihr Prinzip humanitärer Rationalität auf. Dagegen setzen wir unsere von kritischer Vernunft geleitete politische Aktion.

Seit acht Jahren strebt die Bundesregierung die Generalrevision des Grundgesetzes durch Notstandsartikel an. Als sich der Kalte Krieg zwischen den Großmächten in Europa seinem Ende zuneigte, begannen die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik, unter dem Vorwand der Vorsorge und unter Ausnutzung des berechtigten Sicherheitsstrebens der Bevölkerung, ihre großangelegte Kampagne zur Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheiten. Nur die Unruhe und die politischen Aktionen unabhängiger Kräfte haben bisher die Verstümmelung der Verfassung verhindert, die ein Bollwerk gegen jede Form der Willkürherrschaft sein soll.

Im Sommer 1965 hat der Deutsche Bundestag sieben teilweise verfassungswidrige Notstandsgesetze in scheindemokratischen Schnellverfahren beschlossen, die ein Programm der totalen Militarisierung des öffentlichen und privaten Lebens darstellen. Nur die Krise der Finanzwirtschaft hat die Realisierung dieser Pläne verzögert, die immer noch als Recht und Gesetz gelten.

Die Notstandsgesetz-Entwürfe der Großen Koalition halten an den diktatorischen und militaristischen Tendenzen fest, die schon alle früheren Vorlagen gekennzeichnet haben.

Außenpolitisch bedeuten die vorgesehenen Vorbereitungen auf einen „Zustand der äußeren Gefahr“, der von den herrschenden politischen Kräften jederzeit beliebig behauptet werden kann, eine Störung der Bestrebungen zur Festigung und zum Ausbau der internationalen Beziehungen in Europa. Die Notstandsgesetze sind kein Schutz vor Kriegsgefahr, sie blockieren Friedenssicherungen.

Mit der Einrichtung eines kleinen gemeinsamen Ausschusses von Spitzenpolitikern wird die Möglichkeit geschaffen, unter Ausnutzung internationaler Krisensituationen

scheinbar legal ein Diktaturregime zu errichten. Die Entscheidung über Krieg und Frieden würde ganz und gar in diesen Exklusivzirkel verlagert.

Innenpolitisch würde die Einrichtung dieses Ausschusses die Macht der Exekutive noch mehr stärken und den Verfall kritischer demokratischer Kräfte in Öffentlichkeit und Parlament perfektionieren, weil die Information und Diskussion außen- und verteidigungspolitischer Probleme dort hinter verschlossenen Türen nach Belieben der Regierung erfolgen könnte. Es soll zulässig werden, daß der Bundestag seine Gesetzgebungsbefugnis an diesen Ausschuß abtritt und sich damit selbst völlig entmachtet, wie es die letzte Volksvertretung von Weimar mit dem Ermächtigungsgesetz im März 1933 getan hat, mit dem die faschistische Machtergreifung den Schein der Legalität erhielt. Schließlich soll der gemeinsame Ausschuß sogar von sich aus die Gesetzgebungsbefugnis des Parlaments übernehmen können, wenn es beschlußunfähig ist; die Existenz der Volksvertretung wird damit den jeweiligen Interessen eines Teils der Abgeordneten ausgeliefert.

Der Hauptstoß der Notstandsgesetze richtet sich gegen die große Masse der abhängig arbeitenden Bevölkerung und gegen ihre Interessenvertretung. Schon in Friedenszeiten soll eine Arbeitsdienstpflicht ermöglicht werden, die den verpflichteten Arbeitern und Angestellten das Streikrecht nimmt und damit ihre gewerkschaftliche Vertretung entmachtet. Zudem soll jene herrschende Rechtsprechungspraxis, die in zwanzig Jahren fortschreitender Aushöhlung der aktiven demokratischen Kraft der Gewerkschaften zur Einengung des Streikrechts geführt hat, nun auch noch verfassungsrechtlich zementiert und damit die Streikfreiheit willkürlich eingeschränkt werden.

Sogar das Militär soll in innenpolitischen Auseinandersetzungen gegen die Bevölkerung eingesetzt werden können. Den wahren Zweck der Notstandspläne hat der Innenminister in ungenierter Offenheit enthüllt: Der Staat müsse für den Augenblick gerüstet werden, in dem die „Sonne der Konjunktur“ nicht mehr scheine.

Diesem System der Notstandsrüstung der Gewalt entspricht die Herbeiführung tatsächlicher Notstände durch die Notstandsplaner selbst. Am 2. Juni ist der Notstand der Demokratie erschreckend deutlich geworden. Der Aufmarsch eines Heeres von Polizeikräften beim Besuch des persischen Diktators und die von der verselbständigten Exekutive Westberlins provozierte Erschießung unseres Kommilitonen Benno Ohnesorg haben zuletzt unzweideutig gezeigt, daß Teile des Establishments schon heute die Legalität verlassen, wenn das die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft erfordert.

Gleichzeitig werden die sich verschärfenden wirklichen Notstände auf vielen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens geleugnet oder verschleppt. Schon heute bedroht ein wachsender Bildungsnotstand die Zukunft unserer Gesellschaft, ohne daß in absehbarer Zeit Abhilfe zu erwarten wäre. Die Auswirkungen der Wirtschaftsrezession werden auf die sozial schwachen Gruppen abgewälzt.

In Griechenland hat ein Militärputsch die durch freie Wahlen bevorstehende Ablösung der für den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Notstand des Landes Verantwortlichen verhindert. Auch jene Putschisten versuchten, ihrem Gewaltstreich durch Berufung auf Notstandsartikel den Anschein der Legalität zu geben.

Die Notstandspläne der Bundesregierung sind darauf angelegt, in Krisensituationen den Weg der Gewalt zu weisen.

In Solidarität mit allen Gegnern der Notstandsverfassung und mit den Gewerkschaften fordern wir deshalb die Ablehnung des verfassungsändernden Notstandsentwurfes und die Rücknahme der bereits verabschiedeten „einfachen“ Notstandsgesetze.

WIR ERKLÄREN:

Wir werden bei den nächsten Wahlen zum Deutschen Bundestag keinem Abgeordneten unsere Stimme geben, der für diese Verfassungsänderung stimmt. Wir rufen alle Demokraten auf, dies den Parteien und Abgeordneten unmißverständlich zu erklären.

Politisches Referat des AStA Frankfurt am Main

Im Oktober 1967

Folgende Vertreter der Studentenschaft haben dieses Manifest bisher unterschrieben:

Klaus R. Allerbeck, BV des LSD, Bonn
Elmar Altwater, 8 München 54, Karlingerstraße 49
Harald Bichel, SHB Karlsruhe, PH Karlsruhe
H. J. Birkholz, AStA Frankfurt, Vorsitzender
Dietrich Bruhn, Polit. Ref., Bonn
Winfried Bux, Studentenrat, PH Schwäb. Gmünd
Günther Dengel, TH München, AStA-Vorsitzender
Rudi Dutschke, Berlin
Wolfgang Eßbach, AStA-Vorsitzender, Göttingen
Gerd Förch, Landesverband VDS Niedersachsen
A. Gabler, AStA-Vors., PH Karlsruhe
Hartmut Häußermann, AStA-Vors., FU Berlin
Volker Haubitz, VDS, AStA-Vors., MU-HO Köln
Henning Hansen, AStA-Vors., PH Dortmund
Wolf-Dieter Hasenclever, AStA-Vors., Freiburg
Joachim Heimbucher, H. f. Gestaltung, Ulm
Edo Hofland, AStA-Vors., Mainz, Auslands- und Dolmetscherins.
Wolfdietrich Huy, 2. BV der HSU Marburg

N. Jankowski, AStA-Vorstand Hamburg
Siegfried Krame, AStA-Vors., PH Lüneburg
Klaus Kreppel, Polit. Ref., Frankfurt am Main
Wolfgang Lefèvre, Berlin
Erdmann Linde, BV des SHB, Bonn
Wolfgang Motzkau, ESGiD, Bonn
Joachim Münster, HSU-HG-PH Karlsruhe
Rolf Naschke, G.S.F. Ref., Aachen
Dieter Oelschlaegel, AStA-Vorsitzender PH Berlin
Bjorn Pätzoldt, AStA-Vorstand, Hamburg
Manfred Pflitsch, AStA-Vorsitzender HFBK Berlin
Rolf Pohle, AStA-Vorsitzender München
Dietrich Rockstroh, AStA-Vors. d. PH Heidelberg
Burkhard D. Schirmer, Stv. Vors. d. AStA Gießen
Rainer Silkenbeumer, AStA-Vors. d. PH Hannover
Bernhard Späth, AStA-Vorsitzender des AStA der PH Weingarten
Karsten D. Voigt, Frankfurt am Main
Karl D. Wolff, SDS-Bundesvorstand

Die Rebellen von Berlin ²²⁸

Einladung zu einer Podiumsdiskussion

Anlaß des Erscheinens des gleichnamigen Buches über
die Studentenpolitik an der Freien Universität

Es diskutieren: Die Herausgeber
Hartmut Haußermann (ASTA-Vorsitzender 1967)
Knut Nevermann (ASTA-Vorsitzender 1966-67)
Niels Kadritzke (ASTA-Vorsitzender 1966)

und Prof. Erwin K. Scheuch (Universität Köln)
Mathias Walden (Sender Freies Berlin)
Horst Köpke (Frankfurter Rundschau)

Diskussionsleitung: Klaus Bölling (NDR Hamburg)

Ort: Universität Frankfurt, Hörsaal VI, Mertonstraße
Eingang West

Zeit: Freitag, 13. Oktober 1967, 20 Uhr s.t.
Eintritt frei.

Der ASTA der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
Frankfurt

Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln/Berlin

32/1

7.11.67

Stellungnahme:

Am 1.11. hat die Heimvolversammlung beschlossen, zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution das Haus mit einer roten Fahne zu schmücken. (1) Sie sollte symbolisieren, daß die Studenten unseres Hauses in jener Revolution, die sich die Abschaffung der Gewalt (des Staates) zum Ziel gesetzt hatte, einen Akt kollektiver Emanzipation sehen, - gleichgültig, welches das fernere Schicksal dieser Revolution gewesen sein mag. Eine derartige Manifestation sei, so glaubten wir, mit einer Option für die gegenwärtigen Inhaber der Staatsmacht in der Sowjetunion nicht zu verwechseln.

Erste Reaktionen von Außenstehenden machten indessen deutlich, daß im Banne der feindlichen Koexistenz gewisse Teile der Öffentlichkeit nicht in der Lage sind, eine solche politische Differenzierung zu realisieren und über das ihnen eingebläute Freund-Feind-Schema hinauszudenken.

Nachdem der Vorsitzende des Walter-Kolb-Studentenhaus-Vereins, Oberbürgermeister Brundert, von der politischen Manifestation der Studenten Kenntnis erhalten hatte, stellte er den Hausbewohnern ein Ultimatum: falls die rote Fahne nicht umgehend entfernt würde, werde er dies durch die Polizei besorgen lassen. Weitere Sanktionen wurden in Aussicht gestellt.

In Erwägung der durch eine solche Polizeiaktion ausgelösten langfristigen Folgen und unter dem Druck dieser Drohung beschloss eine ad hoc einberufene Heimversammlung, bei der naturgemäß nur ein Teil der Bewohner anwesend sein konnte, die rote Fahne einzuziehen.

Die rote Fahne ist in sozialen Kämpfen zum Zeichen der Unterdrückten geworden. Sich mit ihnen zu solidarisieren, galt auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie Jahrzehnte hindurch als eine Selbstverständlichkeit. Diese Tradition scheint erloschen. Wir haben gelernt, daß der Frankfurter Oberbürgermeister denen, die an jener solidarischen Tradition festhalten, mit der Polizei droht. Der Wille der Hausbewohner war bei diesem Vorgehen offenbar eine quantité négligeable.

7. November 1967.

Die Hausbewohner
des Walter-Kolb-Studentenhaus I.
Frankfurt, Beethovenplatz 4

- 1) Von 69 Hausbewohnern sprachen sich nur vier gegen das Vorhaben aus.

z. d. H. "Walter Kolb"
Frankfurt, Neues.

Küster 30.11.67

FILM - VIETNAM

PARLAMENTSWAHL

Die Forderung, die Truppen des amerikanischen Imperialismus anzugreifen überall dort, wo sie sind, wird an einem Punkt konkretisiert: wir zeigen einen Film, in dem ein amerikanischer Major (oder ex-Major) vom Widerstand innerhalb der Armee berichtet und von Desertionen, an deren Organisation er beteiligt war.

Die Parlamentskandidaten des SDS stellen sich vor und erläutern ihre Kritik an den bestehenden studentischen Institutionen von Gnaden der Professoren und Kultusminister. Diese Institutionen zu stärken bedeutet zweierlei: nicht jährlich einmal zu wählen, sondern Parlament und ASTA permanent zu kontrollieren und ihnen ihre Politik von Seiten der Studenten vorzuschreiben. Sobald das Parlament und der ASTA zu einem Instrument zur Durchsetzung der politischen Ziele der Studenten geworden ist, wird beides überflüssig - direkte Aktionen der Studenten werden an diesem Abend diskutiert.

50 JAHRE OKTOBERREVOLUTION

Es diskutieren im Hörsaal VI um 19:30 am Samstag, 11. 11. Prof. Abendroth, U. Schmiederer, M. Kaplück und H. Steigerwald über die Oktoberrevolution und die Entwicklung der Sowjetunion.

Die Verwaltung der Walter-Kolb-Studentenhäuser, finanziert von SPD und Gewerkschaften, kommentierte die Oktoberrevolution, indem sie von den Studenten ausgehängte rote Fahnen notfalls von der Polizei einrollen läßt. Welche Bedeutung die Revolution für uns hat, welche Folgerungen wir aus ihr ziehen müßte am Samstag wichtiger sein, als nur-historische Betrachtungen anzustellen.

Donnerstag, 9. 11., 20:00 Uhr, Hörsaal I: Amendt über 'Armut in Amerika' und 'Black Power'

Freitag, 10. 11., 20:00 Uhr, Hörsaal VI: Film über die Situation der US-Aggressoren in Vietnam und Desertionen, Vorstellung der Parlamentskandidaten des SDS

Samstag, 11. 11., 19:30 Uhr, Hörsaal VI: '50 Jahre Oktoberrevolution'

SDS

*Fertigt Anfang November 1967
an den Hrn. Franks/17.*

9.11.67

Mitte Juli kämpften erstmals schwarze Guerillas in einer amerikanischen Großstadt, in Newark; zwei Wochen später wurden in Detroit über 16 000 Mann, darunter mehr als 3 000 Vietnam-Veteranen, gegen die Neger eingesetzt. In Newark wurde kein einziger Laden eines Black Muslim zerstört, das "Chaos" verlief in vorurteiligen Bahnen. Der Sachschaden von 2 Milliarden DM in Detroit traf jene, die die Schwarzen ausbeuten und unterdrücken.

Stokely Carmichael: Die Kolonien der Vereinigten Staaten - und das schließt die schwarzen Ghettos innerhalb ihrer Grenzen in Nord wie Süd ein - müssen befreit werden.

BLACK

1865 führte der Sieg des Nordens über den Süden zur Abwanderung vieler ehemaliger Sklaven in den Norden, wo billige Arbeitskräfte benötigt wurden. Die wenigen Schwarzen, die in der gesellschaftlichen Hierarchie aufstiegen, verschleierte den grundlegenden Rassismus in den USA. Im New Deal wurden tausende von farbigen Pächtern von ihren Farmen in die Städte vertrieben; die Behörden der Union erzwangen durch ihre Finanzierungsbedingungen die Apartheid der Wohngegenden; Slum-Umwandlungen führten zu einer wachsenden Zahl obdachloser Neger, weil die von Privatkapitalisten neu erbauten Häuser für die aus ihren Wohnungen vertriebenen Neger zu teuer waren; eine Schulbildung, die der für Weiße ähnlich war, erhielten nur wenige Prozent der Negerkinder. Negeraufstände lassen sich seit Jahrzehnten nachweisen, um ihre Situation wirklich zu verbessern, hatten die Neger jedoch zu wenig Macht. - In Watts kostete der Verwaltungsaufwand für 16 Mio Bundeshilfe seit August 1965 51% der Gesamtsumme. Der "Kampf gegen die Armut" schuf kaum neue Arbeitsplätze für Neger. East Harlem in New York z.B. hat einen Unterbeschäftigungsindex von 33,1 %. Die Great Society ersäuft im vietnamesischen Sumpf.

Ernesto Che Guevara: All das ruft nach und nach eine Rückwirkung im Innern der Vereinigten Staaten hervor, läßt einen Faktor hervortreten, den der in voller Blüte stehende Imperialismus abgeschwächt hatte, den Klassenkampf auch innerhalb seines eigenen Territoriums.

POWER

Um den Negern in den USA und dem kämpfenden Volk in Vietnam zu helfen, müssen wir die Imperialisten überall da angreifen, wo es möglich ist. Der amerikanische Staat organisierte Waffentransporte in die Negerghettos, er trägt dazu bei, den Amerikanern im eigenen Land ein zweites Vietnam zu schaffen. Unser Kampf richtet sich gegen die Unterstützung des Volksmordes in Vietnam durch unsere Regierung und gegen das Instrument des Imperialismus, die amerikanische Armee. G. Amendt, der sich längere Zeit in den US aufhielt, berichtet über "Black Power". Anschließend Diskussion.

Donnerstag, den 9.11. 20:00 Uhr, Hörsaal I.

Rep Brown: Wir werden diese Stadt bis auf die Grundmauern niederbrennen.

SDS

AHP

13.11.67
Liste 3

Die Strukturen unserer Hochschule sind nicht mehr zeitgemäß. Daß sie geändert werden müssen: darin sind sich offensichtlich alle Hochschulgruppen einig. Aber über das W I E gibt es viele Ansichten.

Wir stellen Forderungen, isolieren uns aber nicht durch permanente Provokationen, die den Gegnern der Hochschulreform willkommen sind.

Nur in Zusammenarbeit mit Professoren und Assistenten reformieren wir die Universität. Denn der Grund für das Ausbleiben der Hochschulreform sind weniger "reaktionäre" Professoren als Bürokratie und konzeptionslose Kulturpolitik.

FÜR DIE HOCHSCHULE FORDERN WIR :

1. DASS man ihre gesellschaftspolitische Funktion überdenkt
2. DASS sie in finanzieller und personeller Hinsicht den Erfordernissen gemäß ausgestattet wird.
3. DASS sie in einem gesamten kulturpolitischen Konzept ihren Platz findet.
4. DASS der Studentenschaft angemessene Mitwirkung eingeräumt wird - und zwar in Konzil, Senat und Gremien der Fakultäten.

FÜR DIE STUDENTENSCHAFT FORDERN WIR :

1. DASS eine faire und angemessene Studienförderung gewährt wird, besonders für Studentenehepaare
2. DASS Wohnheimplätze eingerichtet werden, die den Erfordernissen des heutigen Studiums genügen.

Als Aufgabe des AStA sehen wir vornehmlich die Wahrnehmung der hochschulpolitischen Belange der Studentenschaft, eine umfassende Information über alle Vorgänge an der Hochschule und eine Förderung der politischen Bildung an. Der AStA darf nicht als Sprachrohr gewisser Gruppen bei tages- und außenpolitischen Fragen dienen.

Wir fordern das Gespräch über unsere Hochschule.

WÄHLEN SIE AKTIVE HOCHSCHULPOLITIK

AHP

Liste 3

Giebenhain

HOCHSCHULREFORMLISTE

HRL



Ernst-Jürgen
Zehnder
nat. Fachschafts-
vertreter im SP

Hochschulreform heißt nicht all
ein in einer Verbesserung der
autoritären Universitätsstruk-
tur und eines veralteten Hoch-
schulgesetzes.

Die Universität kann ihre
Aufgaben (Entwicklung
einer politisch bewußten und kritischen Stu-
dentenschaft, die Ausbildung des wissenschaft-
lichen Nachwuchses und eine effektive Forsch-
ungsarbeit) nur bewältigen, wenn ihr einer-
seits die unbedingt notwendigen Mittel und
Räumlichkeiten gewährt werden und wenn
andererseits sichergestellt wird, daß
die außeruniversitären Forderungen an
die Studenten ausgeschlossen werden.
Ein Student unter dem finanziellen
Druck des Elternhauses steht oder
der sein Studium selbst finazie-
ren muß, wird notwendigerweise
in der eigenen Entwicklung ge-
hemmt.

Wenn nicht sofort die Kapazi-
tät der Universität erweitert
ert wird, besteht keine
Möglichkeit mehr, eine Ver-
schulung des Studiums
und damit die konsequente
Erziehung zum Fach-
idioten, der sich pro-
blemlos in jedes Her-
rschaftssystem inte-
grieren läßt, zu
verhindern.

Das ist zu ver-
hindern,

Liste 3
H R L

HART REAL LEBENDIG

HRL

Seit einem Jahr gehöre ich so-
wohl der Fachschaft der Abteilung
für Erziehungswissenschaften
als auch dem Studentenparlament
ent als deren Vertreterin an

3
E
F
T
S
T
L



HOCHSCHULREFORMLISTE

Herrnring
Giebenhain
H R L
Liste 3
re Stimme
Geben Sie Ih-
ren Interessen
rechtig ver-
treten werden,
helfen Sie mit,
daß Ihre Inter-
essen vertreten
werden.

Unser vordringliches Ziel
ist es, unsere Konzepte einer vernünftigen Stu-
dienreform durchzusetzen. Wir dürfen es nicht,
daß der Kultusminister unser Studium bis
ins Detail reglementiert, ohne die Betrof-
fenen nämlich die Studenten auch nur angehö-
ren zu lassen. Eine Studienreform der Leh-
rerbildung müßte von den überlieferten
Normen der autoritären und scheinbar
demokratischen Leistungsgesellschaft ab-
kommen und eine inhaltliche Diskus-
sion der Aufgabe der gesamten Lehre
in der Ausbildung und der jeweiligen Be-
ziehungen erfordern. Meinungsver-
schiedenheiten zwischen Profess-
oren und Ministerium dürfen nicht
als Argumente auf dem Rücken der Studen-
ten ausgetragen werden. Wir
verlangen, bei der Verabschei-
dung einer neuen Studie-
n- und Prüfungsordnung mit-
zusprechen, um zu errei-
chen, daß endlich auf
die Anliegen der Stu-
denten berücksichtigt
wird.

Hedelore
Astheimer
AFH-Fachschafts
vertreterin

[illegible]

Im verggngenen Semester verstärkte der LSD seine Arbeit in den Fachschaften. Die Vertretungen der Jura- und Wiso- Fachschaften wurden zumeist von uns gestellt. Die Arbeit an der Basis ist wenig spektakulär, dafür um so wirksamer; denn hier können Initiativfunktionen wahrgenommen werden, die zu einer bewußten Gestaltung des eigenen Arbeitsplatzes und zu einer unmittelbaren Vertretung der eigenen Interessen führen.

Was waren unsere Zielsetzungen?

1. Die gesellschaftliche Bezogenheit dieser Fächer sollte aufgewiesen, thematisiert werden, damit der herkömmliche Ausbildungsbetrieb auf seinen Begriff gebracht und eine Studienreform, vor allem auf unterster Ebenen, praktiziert werden.
2. Diese Vorstellungen verschränkten sich mit Vorschlägen und Forderungen zur Hochschulreform; hierbei besonders die Vertretung studentischer Interessen in den verschiedenen Institutionen der Fakultäten.
3. Eine Behebung völlig unzureichender Arbeitsbedingungen, soweit dies von den Fachschaftsvertretungen eigenständig erreicht werden kann.

Was wurde von diesen Zielsetzungen verwirklicht?

1. In Diskussionen auf Fachschaftsvollversammlungen usw. wurde die Problematik einer gesellschaftsbezogenen Studienreform erörtert. Arbeitsgruppen und Seminare leisteten hierbei vorbereitende und weiterführende Arbeit. In einer Broschüre z.B. der juristischen Fakultät wurden verschiedenen Beiträge zur genannten Problematik der universitären Öffentlichkeit zugänglich gemacht.
2. Die Verwirklichung dieser Zielsetzung wurde vor allem von den Fakultäten blockiert. Die LSD-Vertreter machten sich nicht zu "Liebedienern" der Professoren, sondern leisteten Widerstand, wenn studentische Interessen auf dem Spiel standen. Sie verfielen dabei auch keinem falsch verstandenen "Freund-Feind-Denken"; vielmehr verstärkten sie die informelle Zusammenarbeit mit reformwilligen Professoren.
3. Zur Erleichterung der Vorlesungsauswahl veröffentlichten beide Fachschaften Erläuterungen zum Vorlesungsverzeichnis für das WS 1968/69. Auf Initiative des LSD wurde die Studienberatung für Anfänger in erhöhtem Maße betrieben.

bitte wenden!

10

7-13-69

- 



1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 26

BM 67

1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 26

1. Bürokratisierung von ASTA und Studentenverwaltung
2. Verselbständigung dieser Gremien gegenüber den Studenten
3. Tendenzielle Interessenunterschiede zwischen den politisch aktiven Studenten und dem "Selbstverwaltungsapparat"

Diese Strukturen sind einem Selbstverständnis angemessen, das in den Studentenvertretern die 'Fachleute' sieht, die die 'wahren und allgemeinen' Interessen der Studenten im Grunde über deren Köpfe hinweg vertreten:

Diese Funktionäre handeln "für" die Studenten, d.h. die Studenten sind die O b j e k t e .

Während des letzten Semesters entstand in Frankfurt zeitweise eine "Doppelherrschaft" von ASTA, der an den alten Strukturen festhielt, und der spontanen Studentenbewegung, die sie nicht vertreten konnte und wollte.

So hat die politische Studentenbewegung des letzten Semesters das überkommene Selbstverständnis studentischer Politik gesprengt.

Die LSD - Kandidaten halten es für notwendig, daß auch die veralteten Strukturen der Studentenvertretung auf eine n e u e Organisationsstufe gehoben werden:

AStA und Studentenparlament müssen ihre Kompetenzen immer mehr an die Basis verlagern und experimentell neue Organisationsformen erproben; d.h. im Sinne des "alten Vertretungsanspruchs" sich selbst aufheben.

Die Studentenvvertretung (Parlament) muß

die universitäre Öffentlichkeit der in Basisgruppen

und in den Fachschaften politisch aktiven Studenten bilden.

Das Exekutivgremium (AStA) sollte

die Aktivitäten der an der Basis der Universität politisch arbeitenden Studenten koordinieren und dabei

1. Kommunikationsfunktion übernehmen
2. den aktiven Studenten Organisationsmöglichkeiten bereitstellen
3. kontinuierliche Arbeit gewährleisten
4. Verbindung zwischen universitären und außer-universitären politischen Gruppen aufrechterhalten und
5. Initiativfunktion für weitere aktive Gruppen an Instituten und in Fachbereichen übernehmen.

Nur so kann eine Studien- und Hochschulreform von den Betroffenen selbst durchgeführt werden

Die LSD-Kandidaten werden im Rahmen dieses Selbstverständnisses in "Parlament und AStA" mitarbeiten.

NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB

Kommilitoninnen! Kommilitonen!

Noch bevor die Wahlen zum Studentenparlament richtig angelaufen sind, beginnt der Terror an unserer Universität Einzug zu halten. AstA und Linkagruppen der Universität zeigen, wie sie die "politische" Auseinandersetzung mit den nationalen Kräften sehen. Man geht auf die Straße!

KEINE STIMME FÜR HETZE UND GEWALT

Der NHB hat als 3. Veranstaltung im Wahlkampf am 28.10.68 eine Veranstaltung mit Emil Maier-Dorn. Noch am Samstag rief der AstA zur Störung der Veranstaltung auf. Sie findet dennoch statt! Kommen Sie, um zu sehen, wie die Demokratie derjenigen aussieht, die zur Wahl als "Demokraten" antreten. Erleben Sie die "Diskussionen", die "Meinungsfreiheit" und das "Staatsbewußtsein" unserer Gegner selbst. Sie glauben es sonst nicht!

Kommilitoninnen! Kommilitonen!

Gehen Sie im November zur Wahl! Stimmen Sie gegen Terror, Hetze und Gewalt. Stimmen Sie für eine friedliche Auseinandersetzung zum Wohle unserer Universität. Lassen Sie sich nicht als Stimmvieh mißbrauchen! Überlassen Sie die Universität nicht Ihren und unseren Gegnern. Retten Sie die Demokratie! Stimmen Sie gegen AstA-Birkholz und seine Helfer!

NHB - GARANT FÜR RECHT UND FREIHEIT

Überlegen Sie auch, wem Sie Ihre Stimme geben. Informieren Sie sich über die Programme und Zielsetzungen der zur Wahl angetretenen Gruppen. Fragen Sie auch nach den Vorstellungen über politische Auseinandersetzung. Wählen Sie daher

KONSEQUENT UND EHRlich - NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND

Wir sprechen gern mit Ihnen! Wenn Sie wollen, auch zu Hause, damit Sie der AstA nicht bedroht. Schreiben Sie uns - unsere Adresse lautet: NHB Frankfurt/Main - Universitätspostlagernd. Oder besuchen Sie uns einfach: Bürostunden freitags 19.00 h - 22.00 h, Hinter der Schönen Aussicht 5, 1.Stock rechts.

VERGESSEN SIE NICHT

Wählen Sie und - wählen Sie richtig. Wählen Sie Vertreter Ihres Vertrauens. Informieren Sie sich - nicht nur heute Abend.

NHB - KONSEQUENT UND EHRlich

NHB - DIE LISTE DER OPPOSITION

NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB NHB

DEMOKRATISCHER BLOCK

Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB)

Studentengruppe Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

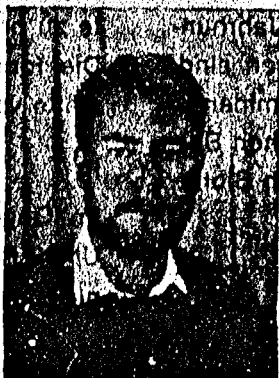
Humanistische Studentenunion (HSU)

Die Spitzenkandidaten



1. Hans Jürgen Birkholz

(SHB), Asienvorsitzender,
Jura, 3. Semester



2. Klaus-Dietmar Kalarski

(GEW), AIE Sekretär,
Deutsch, Geschichte,
2. Semester



3. Klaus Kröppel

(HSU), politisch Referent,
Geschichte, 6. Semester

Geb. 1940 in Eisenach, 8 Jahre Arbeit als Gärtner, danach Abitur über den 2. Bildungsweg am Hessenkolleg in Rüsselsheim. Seit dem Wintersemester 1965/67 Studium Jura, Politik und Sport. Seit April 1967 im Studentenparlament, und seit Ende Juni 1967 1. ASIA-Vorsitzender.
Neben den sozialen und kulturellen Aufgaben, die dem ASIA gestellt sind, möchte ich dazu beitragen, daß den im 64 der Studierendenschaft und den gestellten Forderungen der Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten, mehr Rechnung getragen werden. Bei meiner Arbeit als studentischer Vertreter im Senat mußte ich immer wieder feststellen, daß die Studenten in den akademischen Gremien noch nicht voll anerkannt werden. Ich möchte dazu beitragen, daß die gespannte Atmosphäre zwischen Ordinarien, Nichtordinarien und Studenten in Frankfurt abgebaut wird und wir eine adäquate Repräsentation in allen akademischen Gremien erreichen. Weiterhin möchte ich die Fachschaftsarbeit intensivieren. Auch die Studienberatung muß fortgeführt und erweitert werden. Ich bin bereit, mich der Frankfurter Studierendenschaft ein weiteres Jahr als ASIA-Vorsitzender zur Verfügung zu stellen.

Geb. 1942 in Berlin. Seit 1963 in Frankfurt. Hier Besuch des Helmholtz-Realgymnasiums. Schulsprecher. 1962 Abitur. Seit 1962 9 Semester Soziologie an der philos. Fakultät studiert (Vordiplom). Seit 2 Semestern an der AIE.

Wir müssen neben der Fachschaftsarbeit in den Universitätsverwaltungsgestalten – die im übrigen paritätisch mit Studenten, Assistenten und Professoren zu besetzen sind – als erstes versuchen, heute Modelle für eine demokratische und kritische Universität in dem Belm für die Didaktik der Sozialkunde zu entwickeln.

- Abschaffung der traditionellen Vorlesungen durch Anfängerübungen
- Proseminare und Seminare sollen in Arbeitsgruppen aufgelöst werden, die sich ihre Themen selbst wählen und autonom zur Zeit der angesetzten Veranstaltung tragen.

- Die bisherigen 18 Scheine der AIE zwingen zu einem Schein(e)-Studium, desgleichen die irrationale Grundausbildung in den musisch-technischen Fächern. Zur Aushöhlung des Schein-Unwesens schlagen wir vor, daß die Arbeitsgruppenergebnisse kollektiv bewertet werden, und zwar als "erfolgreich" oder "nicht erfolgreich". Die sonst üblichen Hausarbeiten entfallen, da sie nie veröffentlicht und kritisiert werden konnten.

- Prüfungsaufgaben, etc. sind in Zukunft nicht mehr "Geheimnisse", sondern sollen katalogisiert und den Studenten zugänglich gemacht werden, um die Erfahrung und die Arbeit früherer Semester auszuschöpfen zu können.

aus jeder Anfängerprüfung, jedem Proseminar und jedem Seminar werden zwei Vertreter gewählt, die gemeinsam mit den Professoren die Planung für das kommende Semester übernehmen.

Zweite Phase: Übertragung dieses Modells auf andere Seminare.

6. Semester Geschichte und Theologie, ASIA-Referent, f. politische Bildung. Hochschulpolitik wie immer mehr zu betreiben mag, hat ihre gesellschaftspolitische Komponente. Wie könnte es dazu kommen, daß Lehrstühle unbesetzt bleiben, wissenschaftliche Hilfskräfte im letzten Semester beurlaubt werden sollten, Tutorengruppen nicht eingerichtet werden? Fehlendes Geld wird durch administrative Maßnahmen auf Kosten der Studenten ersetzt. Der Schach-Besuch ist wirklich nur ein kleines Merkmal eines Syndroms, das gesellschaftlich beachtet und kuriert werden muß. Als Mitglied der HSU, die sich für ein chancengleiches Bildungssystem einsetzt, wende ich mich entschieden gegen jede administrative Zwangsmaßnahme seitens der Universitätsbehörden in diesem System, unsozialer Bildungsprivilegien, das nicht einmal Minimalforderungen der Chancengleichheit erfüllt sind oben erwähnte Zwangsmaßnahmen einfach ein Zylismus, der die Bildungsteilnahme der Gesellschaft offenbart. Wir erwöhnen mit studentischer Selbsthilfe: Ringvorlesung zur materiellen Studienreform etc.

Bitte beachten Sie die konkreten Forderungen des DEMOKRATISCHEN BLOCKS.

DEMOKRATISCHER BLOCK

Der Demokratische Block setzt sich ein für eine demokratische Hochschule in einer freien Gesellschaft; wir fordern daher:

1. Institutsvollversammlungen als demokratische Institutionen zu einer ständigen Einrichtung zu machen.
2. Sämtliche das Institut betreffenden Fragen, wie z.B. Etat, Lehrplan, Berufungen etc. in den Vollversammlungen zu diskutieren und getroffene Entscheidungen dort zu legitimieren.
3. Die Errichtung eines drittelparitätisch besetzten Institutsrats, der über sämtliche das Institut betreffenden Fragen ausschließlich zu entscheiden hat.

Im konkreten setzen wir uns für folgende Form wissenschaftlicher Arbeit ein:

1. Die Professoren werden aufgefordert, am Ende jedes Semesters ihre Lehrvorhaben vor dem jeweiligen Seminar und vor der Vollversammlung zu begründen.
2. Die Studenten haben die Möglichkeit, Lehrvorhaben abzulehnen und ihrerseits Lehrveranstaltungen zu initiieren.
3. Die Studenten überwachen die Anstellung der wissenschaftlichen Hilfskräfte und der Tutoren.
4. Isolierte Arbeitsweisen sind aufzuheben und durch kollektive zu ersetzen (Arbeitsgruppen).
5. Die Vorlesung als Verschwendung wissenschaftlicher Produktivität ist zu ersetzen durch Diskussionsveranstaltungen, in denen das hektographierte Vorlesungsmanuscript als Diskussionsgrundlage dient.
6. Der Diskussionsleiter wird grundsätzlich gewählt.
7. In den Lehrveranstaltungen auftretende Kontroversen werden veröffentlicht und vor der Vollversammlung diskutiert.
8. Das Studium soll sowohl der Selbstreflektion des Faches als fruchtbaren Irrtümern dienen; wir lehnen daher Reformen ab, die sich beschränken auf eine rein quantitative Bedarfsrechnung des wissenschaftlichen Potentials.
9. Eine Trennung des Studiums in ein allen zugängliches Grundstudium, in dem die Studenten erhöhtem Leistungsdruck ausgesetzt wären (Zwischenprüfung) und einem einer Elite vorbehaltenen Aufbaustudium lehnen wir ab.

Der Demokratische Block kämpft für eine Universität, die frei von staatlichen Disziplinierungsversuchen (Numerus Clausus, Zwangsexmatrikulation, Unterdrückung des politischen Mandats mit formaljuristischen Argumenten), demokratische Strukturen in dieser Gesellschaft antizipieren könnte.

L. 2 B.M. 67

DEMOKRATISCHER BLOCK (SHB + GEW - HSU), Liste 2 - DEMOKRATISCHER

Sind die Wirtschaftswissenschaften ein Stabilisierungsfaktor für die aktuellen Herrschaftsverhältnisse??

Nachdem die neo-liberalen Verfechter der uneingeschränkten Unternehmerfreiheit wissenschaftlich und physisch aussterben, vollzieht sich nun eine Wandlung hin zur "wertfrei", technokratischen Wissenschaft. In Frankfurt manifestiert sie sich in mathematisch-deduktiv erzeugtem Modellfetischismus (vgl. Sauermann), der auf teilweise völlig irrealen Prämissen aufbaut und dennoch, zumindest unbewußt, als Rechtfertigung für eine scheinbar optimale Wirtschaftsordnung herhalten muß. Zentrales Kriterium ist lediglich die wirtschaftliche Effizienz, resp. Gewinnmaximierung oder etwas verbrämter: Nutzenmaximierung. Dies trifft für die Masse der betriebswirtschaftlichen Veranstaltungen ebenso zu, wie für die wirtschaftspolitischen Veranstaltungen (insbes. Meinhold, aber auch bei Kantzenbach). Dasselbe gilt für die Finanzwissenschaft.

Doch eine Frage, die nun in der Regel übergangen wird, schließt sich hier notwendigerweise an:

WEM DIENST SOLICHE WIRTSCHAFTLICHE EFFIZIENZ IN ERSTER LINIE?

Ein gutes aktuelles Anschauungsfeld für diese Frage bietet die "konzertierte Aktion", eine Verkörperung technokratisch verstandener Wirtschaftspolitik. Hier wird, zugunsten einer größeren wirtschaftlichen Effizienz, auf Jahre hinaus eine ungerechte, und damit unsoziale Einkommensverteilung zementiert.

Hier liegt das Resultat deutlich vor uns. Gesamtwirtschaftliche Effizienz, als ausschließliches Kriterium, dient hier letzten Endes zur Stabilisierung bestehender Herrschaftsverhältnisse.

Wir sehen nicht ein, daß der Wissenschaftsbegriff in dieser Weise interpretiert wird, weil wir wissen, daß diese Art von "Wertneutralität" politisch äußerst relevant ist, eben als Stabilisierungsfaktor.

Man muß also das Kriterium der wirtschaftlichen Effizienz ergänzen durch die neue, entscheidende Dimension, die sich in der Forderung nach "REALISIERUNG DER EMANZIPATION DER MENSCHEN" manifestiert. Das bedeutet, daß wir uns z.B. bei der Beurteilung dieses oder jenes wirtschaftlichen Koordinationsystems, oder bei der Entscheidung für diese oder jene Disposition permanent fragen müssen: inwieweit berühren sie unsere GRUNDFORDERUNG nach der Emanzipation aller Menschen im Produktionsprozeß. Wissenschaftliche Forschung muß unter inhaltlich humane Forderungen gestellt werden; sie darf sich nicht von einem sozialen Bezugsrahmen lösen.

Zu diesem Problem ist der Beitrag unserer wissenschaftlichen Veranstaltungen gleich null. Auf dem Boden einer "Wissenschaft", die die Prämissen, von denen sie ausgeht, nicht eigens zum Problem macht, beschränkt sich die Rolle der Kritik lediglich auf die korrekte Handhabung methodologischer und formallogischer Regeln sowie auf eine positivistisch beschnittene Ideologiekritik.

Hier ergibt sich für uns jetzt die Konsequenz, auf Grund einer exakten Analyse der Lehrveranstaltungen unsere inhaltliche, aber auch methodische Kritik herauszuarbeiten und über Parlament, sowie Fachschaft und Basisgruppen, in den Lehrbetrieb hineinzutragen.

Wählen Sie den **DEMOKRATISCHEN BLOCK** Liste 2

SHB + GEW - HSU - SHB - GEW - HSU - SHB - GEW - HSU - SHB - GEW - HSU

Kurzanalyse

(H42) und (H43) (H44) (H45) (H46) (H47) (H48) (H49) (H50) (H51) (H52) (H53) (H54) (H55) (H56) (H57) (H58) (H59) (H60) (H61) (H62) (H63) (H64) (H65) (H66) (H67) (H68) (H69) (H70) (H71) (H72) (H73) (H74) (H75) (H76) (H77) (H78) (H79) (H80) (H81) (H82) (H83) (H84) (H85) (H86) (H87) (H88) (H89) (H90) (H91) (H92) (H93) (H94) (H95) (H96) (H97) (H98) (H99) (H100)

Die Situation der westdeutschen Universitäten ist heute nicht mehr nur dadurch gekennzeichnet, daß deren Etats – in völliger Verkennung der Bedeutung der Wissenschaften im 20. Jahrhundert – entschieden zu knapp bemessen sind. Dies manifestiert sich in überfüllten Seminaren, unbesetzten Lehrstühlen, unübersichtlichen Studiengängen, unzulänglich ausgestatteten Bibliotheken etc.

Steht man die Hochschulmisere jedoch nur in diesen „Zuständen“, so wird die Problemlage der Hochschulen nur teilweise erfaßt.

Vielmehr stehen die Universitäten bei der heute notwendig gewordenen Reform vor der Alternative zwischen FORMIERTER und KRITISCHER UNIVERSITÄT, bzw. zwischen repressiver und demokratischer Studienorganisation.

Diese plakative Charakterisierung bedarf näherer Ausführung.

Die repressiven Tendenzen zur FORMIERTEN UNIVERSITÄT (Wissenschafterrat, Dahrendorf-Komitee) zielen auf eine Lösung der Hochschulmisere zu Lasten der Studentenschaft ab. Durch Straffung des Studienganges nach willkürlichen und unerprobten Prinzipien soll Abhilfe geschaffen werden. Wer sich dem verordneten Reglement nicht einfügt, muß mit der zwangsweisen Exmatrikulation rechnen. Das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit soll durch den Numerus clausus weiterhin beschnitten werden. Die realen Ursachen der Hochschulmisere – unzureichende Finanzierung, verfehlte und kurzfristige Bildungspolitik, sowie die schwierige soziale Lage der Studenten – werden außer Acht gelassen. Überlegungen über das Selbstverständnis der Wissenschaften in ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft werden erst garnicht angestellt. Das gegen wird willkürlich vorausgesetzt, daß sich die Hochschulen der von partikularen wirtschaftlichen Interessen beherrschten Gesellschaft zu unterwerfen haben, indem sie sich darauf beschränken, technisch verwertbares Wissen sowie unpolitische und daher manipulierbare Fachkräfte zu produzieren.

Die formierte Universität ist eine Produktionsstätte von Fachidioten.

Im Gegensatz hierzu kann zur Verwirklichung UNIVERSITÄT die Steigerung der Produktivität nicht der einzige Gesichtspunkt einer Studienreform sein. Ihre Aufgabe wäre es, den Bezug zur Gesellschaft zu reflektieren, indem die einzelnen Wissenschaften ihre politischen und sozialen Parteinahmen, die ihnen meist unbewußt bleiben analysieren und überprüfen, ob diese im Interesse einer sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie liegen.

Durch diese praktische Orientierung der Wissenschaften verlieren sie ihren Status der Weltfremdheit und werden für vernünftige politische und gesellschaftliche Praxis fruchtbar.

Die Struktur einer solchen KRITISCHEN UNIVERSITÄT kann nicht die eines auf Stromlinienform gebrachten Ordinariatsystems sein. Alle Personengruppen innerhalb der Hochschule müssen gemäß ihrer spezifischen Funktion in Lehre, Forschung und Ausbildung am universitären Entscheidungsprozeß beteiligt sein, schon allein deshalb, um die notwendige Diskussion über die Verbindung von Wissenschaften und Gesellschaft demokratisch führen zu können. Eine derart emanzipierte Universität ist ein vorzüglich geeigneter Ort für politische Erörterungen, vorgesetzt, daß diese sich nach den Regeln kritischer Rationalität bewegen. Damit wird die Hochschule zum Forum, auf dem die Pervertierung von Verfassungsprinzipien und gesellschaftliche Mißstände aufgezeigt werden können. Um dies der Öffentlichkeit mitteilen zu können, benötigt die Vertretung der Studentenschaft ein politisches Mandat, das sich im Rahmen des Grundrechts der freien Meinungsäußerung bewegt.

13.11.67

SHB
 GEW
 HSU

Der SDS, der sich als Wahlkampfthema nichts weiter einfallen läßt, als über den SHB in unsachlicher Weise herzufallen, hat immer noch nicht begriffen, was der SHB mit der Ringvorlesung beabsichtigt. Weder haben wir jemals die Ringvorlesung als KRITISCHE UNIVERSITÄT ausgegeben, noch wollen wir damit der Ordinarienuniversität einen demokratischen Deckmantel umhängen.

Die Ringvorlesung ist nichts weiter als eine vorbereitende Stufe zu einer KRITISCHEN UNIVERSITÄT, die die Form haben könnte, daß in Seminaren die Thematik der Ringvorlesung "WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT" aufgenommen wird. Auf der Ringvorlesung sollen lediglich Modelle kritischer Wissenschaften als Materialien für eine mögliche KU konzipiert werden. Wenn dabei hauptsächlich nur von Professoren ex cathedra gesprochen wird, so soll es damit nicht allein seine Bewandnis haben, vielmehr sollen die Ansätze kritischer Wissenschaft von Studenten und Assistenten weitergeführt werden.

Wenn der SDS meint dies sei unsere Konzeption zur Demokratisierung der Universität, so geht er auch in dieser Annahme fehl. Kritische Wissenschaft ist zwar notwendiger Bestandteil einer demokratisierten Universität, insofern deren kritische Rationalität auf politische und gesellschaftliche Praxis bezogen ist, und dadurch rationale Entscheidungen auch in diesen Bereich ermöglicht. Allein damit ist an Entscheidungsmonopol der Ordinarien nichts geändert. Deshalb bemühen wir uns zur Demokratisierung der Universitäten um:

- I. Beteiligung der Studenten zu einem Drittel in Senat und Konzil.
- II. Errichtung paritätisch besetzter Kommissionen zur Studienreform.
- III. Beseitigung des im Hessischen Hochschulgesetz vorgesehenen sog. Negativkatalogs, der die studentische Mitbestimmung auf ein Minimum reduziert.

Diese Forderungen sind insoweit realisierbar, als der hessische Kultusminister Schütte darin eine vernünftige Form einer demokratisierten Universität sieht.

SHB
 GEW
 HSU

P O L I T I S C H E I N T E R E S S E N V E R T R E T U N G statt
 S A N D K A S T E N S P I E L E

13.11.67
Wahlgemeinschaft

DEMOKRATISCHER BLOCK

Humanistische Studentenunion (HSU)

Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB)

Studentengruppe der Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft (

POLITISCHE INTERESSENVERTRETUNG

STATT SANDKASTENSPIELE!!!

Konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Studiums

1. Studienberatung

Finanzierung von Literaturlisten, Einführungsskripten und Einführungsseminaren zur Unterstützung der Studienberatung für Anfangssemester.

Einrichtung einer Studienberatung für mittlere und Examssemester

Sammlung der Vorlesungsverzeichnisse und Studienführer der einzelnen Hochschulen im AStA, Sammlung der Prüfungsordnungen in den einzelnen Fachschaften

2. Studentenbücherei

Wirksame Mitbestimmung der Studentenschaft über die Verwendung der von ihr bereitgestellten Gelder für die Studentenbücherei

Ausweitung des Angebots an In- und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften (auch aus der DDR) der Studentenbücherei durch Schaffung eines besonderen Leseraums.

3. Sexualkunde

Weitere Vorträge über Sexualkunde und Sexualpädagogik

Schaffung eines Handapparates zur Sexualkunde in der Studentenbücherei

Ausführliche Buchbesprechungen zum Themenkreis Sexualkunde im Diskus oder in der AStA-Information

(Die GEW-Studentengruppe führt einen Arbeitskreis über Sexualpädagogik durch)

4. Vorlesungsbetrieb

Dozenten, Assistenten, Fachschafts- und Seminarsprecher bemühen sich in gemeinsamen Sitzungen, Studienpläne und Lehrangebot aufeinander abzustimmen und das Selbststudium in die Seminarplanung einzubeziehen.

Ausarbeitung von Literaturskripten zu fehlenden Bereichen im Lehrangebot

Seminare und Übungen werden von interessierten Studenten über die Semesterferien mit den Assistenten vorbereitet. Als Vorbereitungsmaterial sind den Studenten die zentralen Hypothesen, der Darstellungsgang, konträre Methoden und Lehrmeinungen schriftlich zu benennen.

Sämtliche Referate, Seminararbeiten und Protokolle liegen für alle Institutsmitglieder bis zum Ende des Semesters offen aus. Referate werden in der Regel nur thesenhaft oder auszugsweise vorgetragen. Dafür erhält jeder Seminarteilnehmer eine Woche vor dem Vortrag einen hektographierten Text des Referats.

Zum Ende des Semesters sind Vorlesungs- und Seminarkritiken anzufertigen und zu veröffentlichen.

Ausarbeitung eines unverbindlichen Rahmenstudienplans f. Anfangssemester
Unterstützung des Studiums der Kandidaten für das Lehramt an Höheren Schulen durch eine weitere Ringvorlesung zu dem Themenkreis

"Schule und Gesellschaft"

Das geht vor allem - aber nicht nur - Studenten r A.f.E. an:

Obwohl die A.f.E. 1966 durch das Hochschulgesetz Organ der Universität geworden ist, läßt die Integration und wechselseitige Anerkennung immer noch zu wünschen übrig. Stud.sc.ed., die promovieren wollen, müssen an andere Fakultäten gehen, wo sie enorme Schwierigkeiten haben, um ihr Studium wenigstens teilweise anerkannt zu bekommen.

Fast sämtliche Veranstaltungen der A.f.E. sind überfüllt, weil Lehrstühle nicht besetzt sind und der "Mittelbau" der Zahl der Studenten nicht angepaßt ist. Die räumliche Unterbringung und die Hetze zwischen den weit verstreuten Seminargebäuden, die durchschnittlich den Studenten zwei Stunden Fußmarsch täglich kosten, sind nicht mehr tragbar.

Während an den anderen Fakultäten Vorformen eines demokratischen und kritischen Lehrbetriebes bereits bestehen oder entstehen, feiern an der A.f.E. traditionelle Formen des schulischen "Unterrichts" und alle nur erdenklichen Mißstände fröhliche Urständ. So bildet man keine Lehrer aus, die den Anforderungen des 20. Jahrhunderts gewachsen sind!!

Wir fordern deshalb:

- Das Finanzministerium soll endlich die schon 1966 bereitgestellten 8 Millionen Mark für den I. Bauabschnitt des A.f.E.-Hochhauses freigeben
- Promotions- und Habilitationsrecht für die A.f.E.. Damit wäre nicht nur das Problem des wissenschaftlichen Nachwuchses gelöst, sondern auch das Problem junger Studenten, die promovieren wollen.

Wir setzen uns ein

- für eine weitere Konzentration und Straffung des Studiums. Das bisher verlangte Minimum an 18 Scheinen degradiert das Studium zu einem Schein (e)-Studium (desgl. die irrationale Grundausbildung in den musisch-technischen Fächern) und dient damit nicht der angestrebten wissenschaftlichen Qualifikation der Lehrer.

Deshalb schlagen wir vor:

- Ersatz der beiden Didaktikfächer durch ein zweites Wahlfach bei stärkerer Berücksichtigung der Theorie der allgemeinen Didaktik
- Wegfall der Übungen in Deutsch bzw. Rechnen, in Leibeserziehung und Kunst- oder Musikerziehung oder Ersatz durch eine intensive Grundausbildung in einem dieser Fächer.
- für die Abschaffung der traditionellen Vorlesungen durch Kurzvorlesungen mit anschließender Diskussion der angebotenen Lehrmeinung
- für die Auflösung von Proseminaren und Seminaren in Arbeitsgruppen, die sich ihre Themen selbst wählen und autonom zur Zeit der angesetzten Veranstaltung tagen.
- für den öffentlichen Zugang zu Prüfungsarbeiten, um die Erfahrung und die Arbeit früherer Semester ausschöpfen zu können.
- für die Wahl von zwei Vertretern jeder Übung, jedes Proseminars und jedes Seminars, die gemeinsam mit den Professoren die Planung für das kommende Semester übernehmen und auch für Themen eintreten, die bisher nicht behandelt worden sind, so z.B. die Sexualpädagogik.

(Verantwortlich f.d. Inhalt: H. Hoffmann, Frankfurt/Main)

13. 11. 67 4
(H2U, G2W, H2U)

IM INTERESSE ALLER STUDENTEN FORDERN WIR:

1. eine vom Einkommen der Eltern UNABHÄNGIGE Studienförderung und eine Erhöhung des Förderungsbetrages,
2. verstärkten Bau von Studentenheimen, BESONDERS für Studentenehepaare,
3. BALDIGE Realisierung des Studentenkindergartens,
4. Garantie für die AUSSCHLIESSLICHE Verwendung der Zuschüsse aus Studentenschaftsbeiträgen für das Mensaessen.
5. Mitbestimmung der STUDENTEN bei der Gestaltung der Vorlesungs- und Seminarthemen,
6. Politische Interessenvertretung der Studentenschaftsvertreter in ALLEN akademischen Gremien durch ein Drittel Beteiligung der Studenten,
7. Möglichkeiten zur Intensivierung des Studiums, d. h. verbesserte Studienberatungen, einen UNVERBINDLICHEN Rahmenstudienplan für Anfangsemester, NEUE Literaturlisten, AUTORISIERTE Abzüge von Referaten und Protokollen.

*Freiwillig Anfang Nov. 1967
an der Uni. & f. m.*

CHEMIE-ARBEITER STREIKEN !

METALL-ARBEITER BEREITEN SICH AUF DEN STREIK VOR !

WOFÜR STREIKEN DIE ARBEITER ?

SIE KÄMPFEN FÜR DIE ERHALTUNG IHRES LEBENSSTANDARDS !

In der Gummiindustrie, im Öffentlichen Dienst und im Bankgewerbe haben die Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen noch nicht einmal ein Angebot gemacht, in der hessischen Metallindustrie sind sie aus der Schlichtungskommission herausgegangen.

Gesamtwirtschaftlich untragbar soll es sein, daß die Verdienste der Arbeiter erhalten bleiben.

Gesamtwirtschaftlich erwünscht war es gemäß den Vereinbarungen der Konzertierten Aktion, daß die Profite 1967 um 23 % steigen.

Gesamtwirtschaftlich gefährlich scheint es zu sein, wenn die Profite in diesem Jahr nur um 8% steigen werden.

Darum halten es die Unternehmer und die Regierung der Großen Koalition für notwendig, daß der Lohnstop fortgesetzt wird, damit die Gewinne 1968 um 28 % steigen können. Die Unternehmer nehmen dieses Ziel der Konzertierten Aktion ernst: planmäßig bauen sie die tariflich nicht abgesicherten Löhne und Gehälter und die betrieblichen Sozialleistungen ab. Die Regierung bürdet die Kosten ihrer "neuen Wirtschaftspolitik" systematisch den Arbeitern auf (Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung, Rentnerbeitrag zur Krankenversicherung usw.)

DAGEGEN STREIKEN DIE ARBEITER !

Dürfen sie es auch noch in Zukunft nach den Plänen der Großen Koalition ?

Nach den Notstandsgesetzen wird es kein Streikrecht mehr geben !

Wir Studenten waren schon die ersten Opfer von Notstandsproben beim Schabbesuch und am 2. Juni in Berlin. Nach der Erschießung von Benno Ohnesorg demonstrierten Arbeiter gemeinsam mit Studenten auf dem Römerberg gegen den Terror der Staatsgewalt.

JETZT DEMONSTRIEREN STUDENTEN MIT ARBEITERN gegen die Ausbeutung durch Unternehmer und Große Koalition.

Der SDS ruft auf, am Mittwoch, den 15.11. um 15 Uhr an der Kundgebung der IG Metall auf dem Römerberg teilzunehmen.

Am Mittwoch abend um 20 Uhr (Hörsaal V) findet zusammen mit Arbeitern eine Veranstaltung zum Thema "STREIK UND NOTSTAND" statt.

Verantwortlich: SDS Frankfurt

15.11.1967

sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds

Das Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze beginnt mit den Sätzen:

Der Rückzug der Hochschulen vom politischen Alltag und das Votum eines Teils der deutschen Akademiker für reaktionäre und faschistische Strömungen hat den Untergang der ersten deutschen Republik mitverschuldet. Wissenschaft, die sich den politischen Kämpfen der Zeit autoritär gegenüberstellt, gibt ihr Prinzip humanitärer Rationalität auf.

An unserer Universität lehrt ein Professor für die Wissenschaft der Politik, der sich selber als die Kultur der SPD versteht, der Mitglied des Bundestages und Bundesratsminister ist: CARLO SCHMID. Als Professor der Politik doziert er den Studenten Demokratie, als Minister der großen Koalition praktiziert er den Notstand der Demokratie.

Einer Delegation Mannheimer Arbeiter gegenüber, die in Arbeitskleidung ins Bonner Bundeshaus zog, um von ihrem Abgeordneten Rechenschaft über seine Stellung zu den Notstandsgesetzen zu verlangen, erwies er sich als autoritärer Patriarch. Den Vertretern aus dem Volk, die ihm das Mandat als Volksvertreter verliehen haben, entgegnete er, nicht ihnen sondern dem ganzen Volke verantwortlich zu sein. "Ich hoffe nicht, daß Sie mich unter Druck setzen wollen, sonst verlasse ich hier den Raum."

Das Hochschulmanifest gegen die Notstandsgesetze, zu dessen Unterzeichnung wird gegenwärtig aufrufen, schließt mit den Sätzen:

Wir werden bei den nächsten Wahlen zum Deutschen Bundestag keinem Abgeordneten unsere Stimme geben, der für diese Verfassungsänderung stimmt. Wir rufen alle Demokraten auf, dies den Parteien und Abgeordneten unmißverständlich zu erklären.

Wir werden den Minister und Abgeordneten Carlo Schmid zur Rede stellen.
Wir rufen zu einem G O - I N in die Vorlesung von Carlo Schmid auf, am Montag, dem 20. November; Treffpunkt 11 Uhr 30 vor dem Hörsaal VI

sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds

Ad. 11. 1966

sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds

Das Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze beginnt mit den Sätzen:

Der Rückzug der Hochschulen vom politischen Alltag und das Votum eines Teils der deutschen Akademiker für reaktionäre und faschistische Strömungen hat den Untergang der ersten deutschen Republik mitverschuldet. Wissenschaft, die sich den politischen Kämpfen der Zeit autoritär gegenüberstellt, gibt ihr Prinzip humanitärer Rationalität auf.

An unserer Universität lehrt ein Professor für die Wissenschaft der Politik, der sich selber als die Kultur der SPD versteht, der Mitglied des Bundestages und Bundesratsminister ist: CARLO SCHMID. Als Professor der Politik deziert er den Studenten Demokratie, als Minister der großen Koalition praktiziert er den Notstand der Demokratie.

Einer Delegation Mannheimer Arbeiter gegenüber, die in Arbeitskleidung ins Bonner Bundeshaus zog, um von ihrem Abgeordneten Rechenschaft über seine Stellung zu den Notstandsgesetzen zu verlangen, erwies er sich als autoritärer Patriarch. Den Vertretern aus dem Volk, die ihm das Mandat als Volksvertreter verliehen haben, entgegnete er, nicht ihnen sondern dem ganzen Volke verantwortlich zu sein. "Ich hoffe nicht, daß Sie mich unter Druck setzen wollen, sonst verlasse ich hier den Raum."

Das Hochschulmanifest gegen die Notstandsgesetze, zu dessen Unterzeichnung wird gegenwärtig aufrufen, schließt mit den Sätzen:

Wir werden bei den nächsten Wahlen zum Deutschen Bundestag keinem Abgeordneten unsere Stimme geben, der für diese Verfassungsänderung stimmt. Wir rufen alle Demokraten auf, dies den Parteien und Abgeordneten unmißverständlich zu erklären.

Wir werden den Minister und Abgeordneten Carlo Schmid zur Rede stellen.

Wir rufen zu einem GO - I N in die Vorlesung von Carlo Schmid auf, am Montag, dem 20. November; Treffpunkt 11 Uhr 30 vor dem Hörsaal VI

sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds

P O L I T I S C H E Z E N S U R

Es gibt an unserer Universität einen Ausschuß, der die "Zuwendungen für die Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung der Studenten" gewährt. Dieser Ausschuß gibt vor, die politische Arbeit der Studenten zu fördern. In Wirklichkeit ist er ein verfassungswidriges Instrument der politischen Zensur, um die politische Aktivität der Studenten in eine der Universität genehme Richtung zu lenken.

Folgender Fall beweist das:

Professor Fetscher, seines Zeichens Vorsitzender dieses Ausschusses, läßt dem SDS Geld streichen. Die finanzielle Unterstützung, die der Arbeit politischer Hochschulgruppen ohne Einschränkung zusteht, wurde dem SDS für seine unter dem Titel "Enteignet Springer" angekündigten Veranstaltungen verweigert; es sei denn, so formulierte Fetscher, der SDS ändere den Titel in einen "sachlich richtig und rechtlich nicht anstößigen" wie "zum Problem der Pressekonzentration".

Es aber ist 'sachlich' falsch an dem Parole "Enteignet Springer"?

- Sachlich richtig: rechtlich verankert ist, daß das Grundgesetz eine Entscheidung im Interesse des Allgemeinwohls vorsieht.

- Sachlich richtig ist, daß die Informationsverzerrung und -manipulation der Springerpresse gegen das Allgemeinwohl verstößt.

- Sachlich richtig ist, daß die Springerpresse den Lohnkampf der Arbeiter verketzert und sich auf die Seite des Großkapitals schlägt.

- Sachlich richtig ist, daß die Springerpresse die Bevölkerung zu Terror und Gewalt gegen die Studenten aufgehetzt hat.

Der SDS unterwirft sich keiner politischen Zensur, weder dem autoritären Diktat der Universitätsadministration, noch dem des Pseudomarxisten Fetscher.

Deshalb rufen wir auf zum G O - I N in Fetschers Vorlesung am

Dienstag, 21.11., 15.00 Hörsaal II

Die erste Veranstaltung unter dem Titel "Enteignet Springer" findet am Dienstag, 21.11., um 20.00 im Hörsaal VI statt. Es spricht J. Huffschildt vom Institut für Konzentrationsforschung in Berlin.

E N T E I G N E T S P R I N G E R !

go in go in go in go in go in go in go in go in go in go

21. 11. 68
sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds

Rektor Rüegg probt den Notstand in der Universität.

Den am Go-in zu Carlo Schmid beteiligten Studenten drohen Repressalien und Disziplinarverfahren.

- Rektor Rüegg setzte sich mit seiner Person für den Minister der großen Koalition ein und betätigte sich als Saalschützer, um wie er formulierte ein "massenhaftes Eindringen" (FAZ) der SDS-Mitglieder zu verhindern.
- Sein Chauffeur fungierte als private Geheimpolizei und fotografierte beteiligte Studenten.
- Sein Justitiar recherchierte die Namen von SDS-Mitgliedern und forderte Studenten zur Denunziation ihrer Kommilitonen auf.
- Am gestrigen Nachmittag im Hochschulsoziologischen Seminar von Prof. von Friedeburg mußte er, von Studenten zur Rede gestellt, schließlich zugeben, es ausschließlich auf zwei oder drei Studenten abgesehen zu haben.

Diese Studenten sollen exemplarisch bestraft werden, um die Studentenschaft von politischer Opposition abzuschrecken.

Wir fordern die Studenten auf, diese Absicht der Universitätsadministration durch Selbstanzeigen zu durchkreuzen.

In einem Telegramm an den SDS bezeichnete der Rektor Rüegg das geplante Go-in als "Einübung faschistischer Terrormethoden". Den provokativen Protest und die politische Demonstration gegen die Vorbereitung des Notstandsterrors als faschistisch zu diffamieren, ist ein Hohn auf die Opfer von Auschwitz. Der SDS verweigert sich den formalen Spielregeln etablierter Diskussionen deshalb, weil diese den herrschenden Notstandsplanern nur zur Verschleierung ihres Vorhabens dienen, die Demokratie von innen her abzuschaffen.

Veranstaltungen unter dem Titel "Enteignet Springer" gelten als nicht förderungswürdig.

Der Versuch, die Vorlesung eines Wissenschaftlers der Politik und Ministers der großen Koalition zum politischen Diskussionsforum über die geplanten Notstandsgesetze zu machen, wird seitens der Universitätsadministration mit der Androhung von Zwangsmaßnahmen beantwortet.

Die Studentenschaft soll politisch entmündigt werden. Die Politisierung von Wissenschaft und Hochschule soll verhindert werden.

WIR RUFEN DIE STUDENTEN AUF, SICH GEGEN DIESEN VERSUCH ZUR WEHR ZU SETZEN.

KUNDGEBUNG

der Antifaschistischen Aktion

Freitag, 24. November 1967, 19 Uhr

Frankfurt/Main, Alfred-Brehm-Platz am Zoo

Es sprechen: Gerhard ZWERENZ, Schriftsteller, München
und Vertreter der Antifaschistischen Aktion

Es rufen auf:

- Katja Berkemeier
(Mitglied im Landesvorstand der Deutschen Journalisten-Union)
- Wolfgang Colden (August-Bebel-Gesellschaft)
- club égalité
- SJD - Die Falken, Unterbezirk Frankfurt
- Arno Grieger
(Bezirksvorstand Hessen Süd der Sozialistischen Jugend "Die Falken")
- Herbert Goetz
(Bezirksvorstand Hessen Süd der Sozialistischen Jugend "Die Falken")
- Heiner Halberstadt (Sozialistische Opposition)
- Erich Hennecke
(Unabhängige Sozialistische Schülergemeinschaft -USSG)
- Klaus Kreppel
(Humanistische Studentenunion, politischer Referent des Allgemeinen
Studentenausschusses -AStA-)
- Otto Roth (Lagergemeinschaft Buchenwald)
- Walter Ofer (Solidaritätsjugend)
- Horst Trapp (Deutsche Friedens-Union)
- Kurt Trautmann
(Sozialistischer Deutscher Studentenbund - SDS)
- Hein Tümler (Mitglied im SPD-Vorstand Westend)
- Kurt Weber (Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes)

Laßt es nicht zu!

Am kommenden Freitag will die neonazistische NPD eine Großkundgebung in unserer Stadt veranstalten. Adolf von Thadden, der Führer der NPD, will dort sprechen und sein antidemokratisches und freiheitsfeindliches Programm verkünden.

Dieses Programm mit seinen Phrasen und Schlagworten gleicht dem der Hitler-Partei vor 40 Jahren. In derselben demagogischen Weise werden Demokratie und Verfassung untergraben. Die Neonazis verleumden alles Fortschrittliche und hetzen gegen die Gewerkschaften, Studenten, Intellektuellen und Ausländer. Sie handeln nach Goebbels Motto: "Nutzen wir die Demokratie, um sie zu vernichten." Wohin das in der Vergangenheit führte, wissen und spürten wir nur zu gut. Auch unsere Heimatstadt Frankfurt wurde ein Opfer dieser barbarischen Politik.

Die Neonazis haben steinreiche Hintermänner. Sie werden genau wie einst Hitler von der Großindustrie ausgehalten.

Das Unglück Deutschlands darf sich nicht wiederholen:

Im Jahre 1928 erreichte die NSDAP Hitlers 810 000 Stimmen in ganz Deutschland. Zwei Jahre danach waren es 13,7 Millionen Wähler, die den Nazis auf den Leim gingen. Hitler kam an die Macht. Die Nazis, Deutschlands schlimmste Feinde trieben unser Land in die Kriegskatastrophe.

Heute, zwei Jahre nach der Gründung der neuen Nazipartei, hat die NPD bei sechs Landtagswahlen 1,4 Millionen Stimmen erreicht. Bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt will die NPD ins Rathaus und 1969 in den Bundestag.

Demokraten!

Laßt nicht zu, daß sich die Neonazis zur Vernichtung von Freiheit, Recht und Demokratie sammeln.

Kommt zur Großkundgebung auf den Alfred-Brehm-Platz am Zoo.

Verlangt vom Oberbürgermeister unserer Stadt unter Berufung auf die Hessische Verfassung und das Grundgesetz das Verbot der NPD-Kundgebung.

RESOLUTION

12

auf Antrag des ASTa am 24.11.1967 von mehr als 1000 Studenten mit großer Mehrheit verabschiedet

1. Die hier versammelten Studenten fordern den anwesenden Kultusminister des Landes Hessen auf, dafür Sorge zu tragen, daß
 - der Negativkatalog nach Art. 35,2 Hess.Hochschulgesetz gestrichen wird;
 - die Drittelparität für alle akademischen Beschlußgremien gegen den Willen der reaktionären Mehrheit der Professoren gesetzlich erzwungen wird;
 - an den Instituten Assistenten, Studenten und Professoren gemeinsam über die Verwendung und den Einsatz der Mittel in Lehre und Forschung befinden können;
 - öffentlich über die Entscheidung der akademischen Beschlußgremien diskutiert werden kann.
2. Wir werden ein Satzungsgebendes Konzil, in dem die Studenten nicht mit mindestens einem Fünftel der Teilnehmer vertreten sind, nicht anerkennen. Eine Satzung, die dermaßen ohne unsere Beteiligung zustandekommt, gilt für uns nicht. Der Hessische Kultusminister ist aufgefordert, die Professorensatzung zurückzuweisen.
3. Wie notwendig eine Demokratisierung der inneruniversitären Entscheidungen ist, wird insbesondere deutlich an den Versuchen des Rektors dieser Universität, einen aktiven Studentenverband administrativ abzuwürgen. Damit erfüllt Professor Rüegg den Willen derjenigen, denen nichts an einer demokratischen, alles aber an einer durch Notstandsgesetze faschisierten Gesellschaft liegt.
4. Rektor Rüeggs Androhung, er werde nicht teilnehmen, wenn Herr Dipl.-Ing. Wetzels Diskussion leite, ist eine Provokation gegenüber dem Studentenparlament, das Herrn Wetzels als Diskussionsleiter eingeladen hat. Der ASTa hat sich dieser Erpressung nur gebeugt, um dem Rektor keinen Vorwand zu geben, an der Diskussion nicht teilzunehmen.
5. Wir fordern die sofortige Aufhebung der Suspendierung des SDS, die volle Wiederherstellung seiner Rechte und den Verzicht auf die Anwendung des feudalistischen Disziplinarrechts. Statt Anrufung der Gerichtsbarkeit verlangen wir endlich vernünftige Diskussionen zwischen Lehrenden und Lernenden über die politischen Dimensionen des vermittelten Lehrstoffs. Gäbe es diese Diskussionen schon heute, hätte es zu dem 'Go-in' gar nicht erst zu kommen brauchen.
6. Der Rektor wird aufgefordert, sich bei den Mitgliedern des SDS für den Ausdruck 'Einübung faschistischer Terrormethoden' zu entschuldigen. Dies ist die Voraussetzung für eine Diskussion über die Methoden, die bei dem Go-in verwendet wurden.
7. Wir bekräftigen, daß wir mehr denn je versuchen werden, politische Diskussionen in Vorlesungen und Seminaren der Universität zu beginnen. Daran werden wir uns durch repressive Maßnahmen eines Rektors, den wir nicht haben wählen dürfen, nicht hindern lassen.

24.11.67

C

Sozialistischer Deutscher Studentenbund -SDS-

FRANKFURT WIE BERLIN

Prof. Rüegg:

"Ich wünsche mir eine Kritische Universität
zum Geburtstag"

Stufen einer Eskalation

1. Ankündigung einer Diskussion mit Prof. Carlo Schmid über von ihm mit geplante Notstandsgesetze (go-in Flugblatt des SDS)
2. Telegramm Rüegg: Aufruf zu politisch provokativer Diskussion in Vorlesung "zielt auf Einübung faschistischer Terrormethoden"
3. Universitäts-Verfassungs"schutz" und Universitätsjustitiar versuchen einzelnen Teilnehmer am go-in persönlich einzuschüchtern und ihre Identität festzustellen
4. Der Rektor droht, einzelne Studenten (Rädelsführer) strafverfolgen zu lassen
5. Der SDS protestiert in einem Offenen Brief gegen "unverantwortliche Diffamierung" durch den Rektor
6. Der Rektor zwingt dem AStA-Vorsitzenden Birkholz den Parlamentsbeschluss zu ignorieren und den vom Studentenparlament vorgesehenen Diskussionsleiter Kommilitone Dietrich Wetzel (SDS) abzusetzen. Anderenfalls werde er, Prof. Rüegg, an der Diskussion zum Hochschulgesetz am Freitag nicht teilnehmen.
7. Anschlag des Rektors in der Universität: vorläufige Suspendierung des SDS Frankfurt von der Universität

Diese Entscheidung zeigt den politischen Charakter der formalen Argumentation gegen das go-in.

Was vorgeblich der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung der Universität diene, erweist sich jetzt als Versuch, den SDS an seiner politischen Basis zu treffen.

Indem der SDS an der Universität praktisch verboten wird, soll ein wesentlicher Teil der außerparlamentarischen Opposition mundtot gemacht werden.

Damit erweist sich der Rektor dieser Universität als direktes Vollzugsorgan der herrschenden Kräfte. Die Autonomie der Universität ist gefährdet.

Diese Entscheidung des Rektors gegen den SDS betrifft nicht nur den SDS, sondern richtet sich gegen jegliche unabhängige studentische Politik in Universität und Gesellschaft.

Heute abend Hörsaal VI
Diskussion der Hochschulreform
mit Prof. Rüegg

sds SDS sds SDS sds SDS sds SDS sds SDS sds SDS sds SDS sds

279

Sozialistischer Deutscher Studentenbund -SDS-

FRANKFURT WIE BERLIN

Prof. Rüegg:

"Ich wünsche mir eine Kritische Universität
zum Geburtstag"

Stufen einer Eskalation

1. Ankündigung einer Diskussion mit Prof. Carlo Schmid über von ihm mit geplante Notstandsgesetze (go-in Flugblatt des SDS)
2. Telegramm Rüegg: Aufruf zu politisch provokativer Diskussion in Vorlesung "zielt auf Einübung faschistischer Terrormethoden"
3. Universitäts-Verfassungs"schutz" und Universitätsjustitiat versuchen einzelnen Teilnehmer am go-in persönlich einzuschüchtern und ihre Identität festzustellen
4. Der Rektor droht, einzelne Studenten (Rädelsführer) strafverfolgen zu lassen
5. Der SDS protestiert in einem Offenen Brief gegen "unverantwortliche Diffamierung" durch den Rektor
6. Der Rektor zwingt dem AStA-Vorsitzenden Birkholz den Parlamentsbeschuß zu ignorieren und den vom Studentenparlament vorgesehenen Diskussionsleiter Kommilitone Dietrich Wetzel (SDS) abzusetzen. Anderenfalls werde er, Prof. Rüegg, an der Diskussion zum Hochschulgesetz am Freitag nicht teilnehmen.
7. Anschlag des Rektors in der Universität: vorläufige Suspendierung des SDS Frankfurt von der Universität

Diese Entscheidung zeigt den politischen Charakter der formalen Argumentation gegen das go-in.

Was vorgeblich der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung der Universität diene, erweist sich jetzt als Versuch, den SDS an seiner politischen Basis zu treffen.

Indem der SDS an der Universität praktisch verboten wird, soll ein wesentlicher Teil der außerparlamentarischen Opposition mundtot gemacht werden.

Damit erweist sich der Rektor dieser Universität als direktes Vollzugsorgan der herrschenden Kräfte. Die Autonomie der Universität ist gefährdet.

Diese Entscheidung des Rektors gegen den SDS betrifft nicht nur den SDS, sondern richtet sich gegen jegliche unabhängige studentische Politik in Universität und Gesellschaft.

Heute abend Hörsaal VI
Diskussion der Hochschulreform
mit Prof. Rüegg

sds SDS sds SDS sds SDS sds SDS sds SDS sds SDS sds SDS sds

27.11.67

ZUM RICHTIGEN GEBRAUCH DER BEGRIFFE

Am 20. 11. 1967 veranstaltete der SDS ein go-in in die Vorlesung von Carlo Schmid, um eine Diskussion über die Notstandsgesetze zu erzwingen. Diese Aktion bezeichnete der Rektor schon vor ihrem Beginn als "Einübung faschistischer Terrormethoden" und nahm sie dann zum Anlaß, den SDS wegen Hausfriedensbruch und Nötigung als studentische Organisation von der Hochschule zu suspendieren. Urteil und Maßnahmen des Rektors stützen sich ausschließlich auf formale Kriterien.

Politiker und Wissenschaftler haben den Faschismus lange Zeit undifferenziert unter dem Modell des Totalitarismus begriffen. Jedoch schon seit den zwanziger Jahren erwiesen historische Analysen, daß eine nur an formalen Kriterien orientierte Definition irreführend ist.¹⁾ Als Faschismus formiert sich die bewaffnete restaurative Reaktion auf eine konkrete historische Situation, in der die sozial-ökonomischen Spannungen die bestehenden Machtverhältnisse und ihren institutionellen Rahmen sprengen. Gegen strukturelle Veränderungen, die eine freiere und sozial gerechte Gesellschaft herbeiführen könnten, mobilisieren die faschistischen Bewegungen autoritäre, kleinbürgerliche Ressentiments. Diese lassen sich einerseits für die Erhaltung und Verhärtung undemokratischer Verhältnisse, nicht zuletzt für großkapitalistische Interessen, einspannen und werden andererseits beim Aufbau paramilitärischer Organisationen als Mittel der Integration benutzt.

Wenn der Rektor dennoch aufgrund einer ahistorischen Betrachtungsweise den Faschismus-Vorwurf erhoben hat, so ist er entweder als Soziologe über den Stand der wissenschaftlichen Diskussion nicht informiert oder er setzt sich dem Verdacht aus, wider besseres Wissen ein verbreitetes Vorurteil zur Verschleierung undemokratischer Absichten zu benutzen.

Das Stereotyp vom linken Faschismus ist, nachdem illegitimerweise von den Zielen des SDS abstrahiert wurde, auf die Methoden gemünzt. Doch selbst von diesem bornierten Standpunkt aus erweist sich die Verwendung des Faschismusbegriffes als unzulässig.

Faschistische Methoden zielen darauf ab, Minderheiten in Angst zu versetzen und schließlich physisch zu vernichten, um bei der Mehrheit die Bereitschaft zu blinder Akklamation zu erzeugen. Die Methoden des SDS dagegen, die im Detail durchaus kritisch diskutiert werden sollen, wollen eine rationale Diskussion überhaupt erst in Gang bringen und die Träger von Herrschaft dazu herausfordern, sich zu legitimieren oder mangels Legitimation auf ihre Privilegien zu verzichten. Angst können diese Methoden nur bei jenen erzeugen, die als Inhaber von Herrschaftspositionen weder in der Lage noch willens sind, ihre Positionen und ihr Handeln zu legitimieren.

Der Soziologe Rüegg müßte wissen, daß die organisatorische Struktur des SDS, das demokratische Verhältnis zwischen Mitgliedern und gewählten Vorständen, die Öffentlichkeit der Sitzungen seiner Organe und der Verzicht auf das Mitgliedsprinzip bei Diskussionen und Aktionen der Gruppe, nichts gemein haben mit dem Führerprinzip und der hierarchischen Struktur von Organisationen, die die Einübung faschistischer Methoden praktizieren.

Der Rektor hat es weiterhin für richtig gehalten, die Aktionen des SDS als "Terror" zu klassifizieren. Terror ist der Gegenbegriff zu den Grundlagen demokratischer Rationalität; er sollte deshalb nur in diesem Sinne gebraucht werden.

Wir nehmen also an, der Rektor habe, als er von "Terror" sprach, nicht die Diffamierung eines Studentenverbandes, sondern die präzise Bezeichnung eines politischen Phänomens im Sinne gehabt. Welche Verletzung demokratischer Grundrechte hätte er meinen können? Vermutlich bezog er sich auf die Rede- und Wissenschaftsfreiheit.

Doch auch für diesen Fall kann Professor Rüeggs Terminologie nicht ernstgenommen werden. Denn seinen eigenen wissenschaftlichen Maßstäben gemäß hätte der Rektor wissen oder sich vergegenwärtigen müssen, daß in der soziologischen und in Teilen der verfassungsrechtlichen Literatur die bürgerlichen Freiheitsrechte eine sozialstaatliche Umdeutung erfahren haben, die sich auf bestimmte Veränderungen der industriegesellschaftlichen Sozialstruktur stützt. Nach dieser Theorie können bürgerliche Freiheitsrechte nur noch als sozialstaatliche Teilhaberechte ihren angestammten Sinn erfüllen, den Bürger vor irrationaler Gewalt und unbegriffenem Zwang zu schützen.

Dieser Theorie zufolge enthält das Grundrecht der R e d e f r e i h e i t nicht mehr das Recht z.B. von Politikern, nur hinter den verschlossenen Türen der Großen Koalition zu reden und im Übrigen zu schweigen. Redefreiheit garantiert vielmehr das Recht des Bürgers auf die praktische Herstellung von uneingeschränkter funktionierender politischer Kommunikationsprozessen und die Teilnahme an ihnen. Ebenso bedeutet W i s s e n s c h a f t s f r e i h e i t nicht mehr nur das Privileg der O r d i n a r i e n, frei vom staatlichen Eingriff autonom zu bestimmen, was Inhalt von Lehre und Forschung sein soll. Wissenschaftsfreiheit garantiert darüber hinaus den Anspruch der S t u d e n t e n, die Entscheidungsgründe dafür zu erfahren und zu diskutieren, was Inhalt von Forschung und Lehre sein soll und weshalb bestimmte Inhalte aus Lehre und Forschung ausgeklammert bleiben sollen. Die Rechte, die in diesem theoretisch zur Genüge ausgearbeiteten 2) - Begriff der sozialen Demokratie enthalten sind, haben die Studenten praktisch wahrzunehmen versucht.

Der Rektor ist nicht gehalten, dieser Theorie zuzustimmen; er kann sie wissenschaftlich kritisieren. Ihm muß aber bekannt sein, daß diese Theorie und die von ihr geforderte Praxis dem Zentrum der demokratischen Tradition entstammen. Die offensichtliche Unkenntnis hiervon führte ihn zum falschen Gebrauch des Begriffes Terror. In einem präziseren Sinne könnte der betroffene Studentenverband den Vorwurf des Terrors, nämlich des administrativen, gegen den Rektor wenden.

Ein Gespenst geht um in Deutschland - das Gespenst des Linksfaschismus. Gegen die unreflektierte Verwendung derartiger Begriffe, gegen die Diffamierung unbequemer Minderheiten protestieren wir mit aller Entschiedenheit. Ein ehemaliger Bundeskanzler spricht ungeniert in nationalsozialistischem Jargon von "Entartung"; seine Magnifizenz von faschistischem Terror dort, wo kritische Studenten ihre Lehrer zu rationaler Diskussion provozieren. Wir weigern uns, die Äußerungen des Rektors und die aus ihnen resultierenden Entscheidungen zu akzeptieren. Sie sind dazu angetan, davon abzulenken, den Terror dort zu suchen, wo er wirklich ausgeübt wird - mit tödlichen Pistolenschüssen und Wasserwerfern, Demonstrationsverboten und autoritärer Beschneidung uneingeschränkter Meinungsäußerung.

1) Eine Einführung in Soziologie und Geschichte des Faschismus geben:

Neumann, Behemoth - The Structure and Practice of National Socialism

Molte, Der Faschismus in seiner Epoche

Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik

Spezialstudien und weitere Literaturhinweise sind in den Heften 30,32,33 u.41 der Zeitschrift "Das Argument" enthalten. Zum Totalitarismus-Begriff vgl. Lange,

Politische Soziologie

2) Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie

Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit

iers. et al., Politische Beteiligung - ein Wert an sich?, in "Student und Politik"

Neumann, The Democratic and the Authoritarian State

Zum Problem der Wissenschaftsfreiheit vgl. Nitsch et al., Hochschule in der Demokratie pp. 148 - 239.

r. J. Bergmann

ipl. Soz. H. Berndt

ipl. Soz. W. Billerbeck

r. G. Brandt

ipl. Soz. M.v. Freyhold

ipl. Soz. I. Hofmann

Dipl. Soz. K. Horn

Dipl. Soz. U. Jaerisch

Dipl. Soz. E. Mayer

Dipl. Kfm. E. Mohl

Dipl. Soz. C. Offe

Dr. J. Ritsert

Dipl. Soz. X. Rajewsky

Dipl. Soz. P. Schafmeister

Dr. A. Schmidt

Dipl. Soz. R. Schmidt

Dipl. Ing. D. Wetzel

Dr. E. Becker u.a.

RESOLUTION DES STUDENTENPARLAMENTS VOM 27. 11. 1967

Am 25. 11. 1967 fand im Zoo-Gesellschaftshaus eine Kundgebung der NPD mit Adolf von Thadden statt. Eine Gegendemonstration antifaschistischer Gruppen wurde vom Polizeipräsidenten verboten. Zur Begründung führte er an:

- 1) "Die öffentliche Sicherheit und Ordnung" würde "unmittelbar" gefährdet.
- 2) Könnten "durch die Vollzugspolizei ... mögliche Gefährdungen von Leben und Gesundheit nicht ausgeschlossen werden".

Beide Gründe sind lediglich Vorwand, denn bei keiner Demonstration kann die Polizei beides mit Sicherheit ausschließen. Die extensive Auslegung des § 1 HSOG wird dazu verwandt, das im Grundgesetz verankerte Rechtsgut der Meinungs- und Informationsfreiheit praktisch zu negieren.

Am selben Tage suspendierte der Rektor den SDS, eine aktive Gruppe der außerparlamentarischen Opposition, weil sie ein Go-In in eine Vorlesung des Bundesratsministers Prof. Carlo Schmid veranstaltete, um mit ihm die Notstandsgesetze zu diskutieren.

Dem steht gegenüber:

- 1) Während der NPD-Veranstaltung hat die Polizei nichts unternommen, Teilnehmer zu schützen, die ihrem Mißfallen Ausdruck gaben und deshalb von NPD-Schlägertrupps, die Adolf von Thadden vom Rednerpult aus dirigierte, aus dem Saal geworfen und zum Teil zusammengeschlagen wurden.
- 2) Am selben Abend drang ein Schlägertrupp in den Club Voltaire ein, schlug Gäste zusammen und demolierte die Einrichtung.
- 3) Am Abend des 27.-11. wurde wieder ein Anschlag auf den Club Voltaire verübt, diesmal mit einer eigen sogenannten Molotov-Cocktail ähnlichen Bombe, die einen Brand auslöste. Dieser Anschlag war schon am Samstag zuvor telephonisch von einer sich "Nationale Kräfte Frankfurts" nennenden Gruppe angekündigt worden. Die Polizei hat nichts unternommen, den Club zu schützen.

Das Studentenparlament protestiert auf das schärfste gegen die einseitige Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen durch die Behörden der Stadt zugunsten der NPD und gegen die außerparlamentarische Opposition, zu deren Schutz vor faschistischem Terror sie nichts unternehmen. Die Maßnahmen der Frankfurter Administration und des Rektors gegen Gruppen der außerparlamentarischen Opposition sind geeignet, den Terror des "rechtsradikalismus" zusätzlich zu unterstützen.

AM FREITAG, DEN 1.12.1967, FINDET UM 21 UHR IM CLUB VOLTAIRE EINE DISKUSSION ÜBER DIE EREIGNISSE IN FRANKFURT IN DER VERGANGENEN WOCHEN, DIE ANGEDROHTEN UND ERFOLGTEN ANSCHLÄGE AUF DEN CLUB VOLTAIRE UND DIE GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN TENDENZEN, AUS DENEN SIE RESULTIEREN, STATT!

Stellungnahme, die heute von einem Sprecher der KPD abgegeben wurde

In den letzten Tagen verstärken sich die Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Kreise der Bundesrepublik gegen die demokratischen Kräfte der Studentenschaft, vor allem gegen den SDS. An der Frankfurter Universität wurde dem SDS unmittelbar nach seinem konsequenten Auftreten gegen die Notstandsgesetzgebung die Tätigkeit untersagt. Für die Münchener Universität und andere Universitäten und Hochschulen sind ähnliche Verbote geplant. Der Zweck der Unterdrückungsmaßnahmen ist klar. Mit dem Schlag gegen den SDS sollen alle demokratischen Studenten getroffen werden. Die demokratische studierende Jugend soll zum Schweigen gebracht, die berechtigten Forderungen der Studenten sollen niedergetrampelt werden. Den Studenten wird das politische Mitspracherecht verweigert.

Die Regierung Kiesinger und das hinter ihr stehende Großkapital wollen mit dem Vorgehen gegen den SDS alle demokratischen Kräfte einschüchtern, die sich für die Verteidigung des Grundgesetzes gegen die Notstandsgesetzgebung einsetzen. Es kennzeichnet ihre Rolle als Erfüllungsgehilfen der CDU/CSU, wenn

rechte Führer der SPD wie Wehner und Schmidt in den Chor der Verleumdung gegen den SDS einstimmen.

Wir Kommunisten versichern dem SDS und allen demokratischen Studenten unsere Solidarität. Wir protestieren gegen Terror und Diffamierung. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Studentenschaft das Recht hat, sich für die Verwirklichung ihrer Forderungen zusammenzuschließen und zu handeln. Sie und die ganze junge Generation haben ein Recht darauf, das gesellschaftliche Leben mitzugestalten.

Wir schlagen den Studenten vor, die Zusammenarbeit und das Bündnis mit der stärksten Kraft unserer Gesellschaft, mit der Arbeiterklasse zu suchen. So können demokratische Forderungen und gesellschaftsverändernde Ideen verwirklicht werden.

Wir Kommunisten wenden uns an alle demokratischen Kräfte, vor allem an die Arbeiterschaft. Fordern wir, daß Schluß gemacht wird mit dem Angriff auf den SDS. Die freie politische Betätigung des SDS an allen Universitäten und Hochschulen muß gesichert bleiben. Mit der Verteidigung der Rechte der Studenten verteidigen wir die Rechte aller Demokraten.
(Volltext)

30. 11. 67

0

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

Offener Brief an den Rektor der Frankfurter Universität
Betr.: Preußische Gesetzssammlung von 1879 für die Studenten der Universität Frankfurt von 1967 .

Huer Magnifizenz !

Politische Betätigung an der Universität beantworten Sie und Ihre Hochschuladministration mit Disziplinarmaßnahmen .

Der Ihnen unterstellte Universitätsrat fordert Kommilitonen zur Denunziation von go - in - Teilnehmern auf . Er verlangt vom AstA, einzelne zu nennen, die "exemplarisch " bestraft werden müßten, damit wieder "Ruhe" einkehre. Die Vorladungen zur disziplinarrechtlichen Untersuchung werden nicht mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen. Sie, Magnifizenz, erklärten auf der Podiumsdiskussion am 24.11., das derzeit gültige Disziplinarrecht sei überholt. Das hindert Sie nicht, es anzuwenden, wenn es Ihnen opportun erscheint.

Die Disziplinarordnung der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität hat feudalistischen Charakter. Ihre "Rechtssätze" ranken sich um Begriffe wie "Ehre", akademischer Anstand" etc. Die mit dem Disziplinarrecht verbundene doppelte Gerichtsbarkeit widerspricht elementaren Rechtsbegriffen. Dieses Disziplinarrecht wird als Instrument zur politischen Formierung der Studentenschaft benutzt. Eine rationale Diskussion wird von Ihnen verweigert unter Berufung auf überholte Normen. Ihr Verhalten und das der Universitätsadministration ist irrational und autoritär. Einem rationalen politischen Konflikt wird ausgewichen, die Diskutanten werden disziplinarrechtlich außer Gefecht gesetzt.

Ein universitäres Disziplinarrecht können wir nicht akzeptieren. Wir werden uns geschlossen weigern, den disziplinarrechtlichen Vorladungen zu folgen.

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

4.12.67
mittags

SDS - SDS - SDS - SDS - SDS - SDS - SDS - SDS - SDS - SDS - SDS

Am Mittwoch, 6.12.67, wird sich um 15 Uhr das Konzil der Johann Wolfgang Goethe-Universität versammeln, um über die Forderungen des Studentenparlaments nach 20% Mitbeteiligung der Studenten am ständigen Konzil zu entscheiden.

Das Vorgehen der Universitätsadministration in den letzten Wochen gegen den SDS (vorläufiges Verbot an der Universität; Disziplinarmaßnahmen gegen einzelne Kommilitonen), der die Forderung der Studenten nach qualitativer Mitbestimmung in allen akademischen Gremien, auf allen Ebenen der Universität, am ehesten vertreten hat, lassen erkennen, daß die Ordinariatsuniversität auf die Forderung nach Demokratisierung der wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrprozesse mit administrativen Zwangsmaßnahmen zur Zerschlagung der politischen Opposition in der Hochschule antwortet.

Wir fordern:

1. Paritätische Besetzung aller akademischen Gremien (Konzil, Senat, Fakultäts- und Institutsausschüsse)
2. Öffentlichkeit aller akademischen Gremien
3. Keine Verabschiedung der Satzung ohne paritätische Mitbestimmung studentischer Vertreter.

Um diese Forderungen durchzusetzen, rufen wir alle Studenten auf, zu einem

TEACH-IN AM MITTWOCH 6.12. 15.30
VOR DER AULA DER UNIVERSITÄT

Wir werden dem dort versammelten Konzil demonstrieren, daß die Studenten nicht widerstandslos über sich verfügen lassen. Im Anschluß an die Konzilsversammlung wird um 16 Uhr eine Senats-sitzung stattfinden.

Die studentischen Mitglieder im Senat werden für die Sitzung Öffentlichkeit fordern.

Sollte diese Forderung abgelehnt werden, werden wir das teach-in vor der Konzilsversammlung mit einem go-in in die Senats-sitzung beenden, um dort die Öffentlichkeit herzustellen.

Wir fordern den Senat auf, unverzüglich

1. das vorläufige Verbot des SDS aufzuheben
2. die wegen des go-in bei Carlo Schmid eingeleiteten Disziplinarmaßnahmen rückgängig zu machen.

B E R E C H T D I E D I K T A T U R
D E R O R D I N A R I E N

SDS - SDS - SDS - SDS - SDS - SDS - SDS - SDS - SDS - SDS - SDS

JOHANN WOLFGANG GOETHE - UNIVERSITÄT

Der Rektor
150 - 08

Frankfurt a.M., 5.12.1967

Mitteilung

Die vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) angekündigten Aktionen bedrohen den Hausfrieden der Universität, beeinträchtigen die Entschließungsfreiheit von Konzil und Senat und sind daher rechtswidrig.

Ich beabsichtige nicht, auf etwaige Gewaltakte mit Gewalt zu antworten und erwarte, daß das Konzil seinen gesetzmäßigen Auftrag erfüllen kann, der Abteilung für Erziehungswissenschaften, der Versammlung der Nichthabilitierten und der Studentenschaft ein faires Angebot über die Zusammensetzung des zukünftigen Satzungsgebenden Konzils zu machen; ich hoffe auch, daß der Akademische Senat seine Sitzung ordnungsmäßig durchführen kann.

Ich bitte alle Universitätsangehörigen mir zu helfen, den Frieden in der Universität zu wahren und so den Weg für eine sachliche Diskussion über die neue Universitäts-satzung offen zu halten.

ab 5. 12. 67 an
5 Dekanate je 5 (Med. 10)

Rüegg

Lkr. 5

Konrad 10

Presse 30

AfB. 100

A St G. 20

Poststelle 300 f. Sem. + Inst. + Kliniken

Mensa 10

269

Verteilt bei einer Versammlung
des DGB-Gewerkschaftsjugend- am
7.12.67 im Gewerkschaftsgebäude.

KOLLEGINNEN und KOLLEGEN !

Bur.

In der bürgerlichen Gesellschaftsordnung stehen sich zwei Klassen feindlich gegenüber, Kapitalisten und Arbeiter. Das heißt: Nur wenn die Profite hoch sind, zahlt der Unternehmer höhere Löhne, weil er andernfalls keine Leute bekommt. Fallen die Profite, werden die Löhne gekürzt, denn: Im Kapitalismus zählen nur die Profite, der Arbeiter zählt nichts.

Die Unternehmer wollten uns weismachen, daß sie mit den Arbeitern an einem Strick ziehen. Arbeiter und Unternehmer ziehen in der Tat an einem Strick, aber in zwei verschiedenen Richtungen.

Anfang der sechziger Jahre war es mit dem wachsenden Wohlstand der Arbeiter in der Bundesrepublik plötzlich vorbei. Der Grund: Die wachsende Konkurrenz auf dem Weltmarkt drückte die Unternehmerrgewinne. Die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft wurde gestoppt, ein größeres Warenangebot hätte die Preise heruntergedrückt, die Profite wären weiter gefallen, die Unternehmer hätten weniger verdient. Das durfte nicht sein!

Der Stillstand der wirtschaftlichen Entwicklung führte zu leeren Kassen in Bonn. Eine Regierung der Unternehmer, die von Ehrhard, mußte ihren politischen Bankrott anmelden. Anstatt das wirtschaftliche und politische Versagen des kapitalistischen Systems mit allen Mitteln bloßzulegen und eindeutig die Interessen ihrer Wähler aus der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten, trat die SPD in die Regierung der Unternehmer ein. Sie half tatkräftig mit, den Bankrott dieses Systems und die Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern zu verwischen.

DOCH DAMIT NICHT GENUG!

Die "Regierung der großen Koalition" machte sich an die Arbeit. Die Unternehmer und ihre Hausdiener, die Sozialdemokraten, versuchten, die Krise auf Kosten der Arbeiter zu überwinden. Da die Unternehmer nicht mehr investierten, wurden die Arbeiter entlassen. Februar 1967 : 534 000 Arbeitslose, Juni 1967 : 145 000 Kurzarbeiter. Die "konzertierte Aktion" zwingt die Gewerkschaften zum Stillhalten. - Im März 1967 rief Minister Schiller Unternehmer und Gewerkschaften zu Gesprächen an den runden Tisch. Ergebnis: Den Unternehmern wurden Profite von 23 % garantiert. Die Preise sollten um 2 % steigen. Die Löhne der Arbeiter sollten um 1,2% angehoben werden. -

Das war den Unternehmern nicht genug. Dem Lohnstopp folgte der Abbau der übertariflichen Leistungen. Das Realeinkommen der Arbeiter sinkt. Unter Hinweis auf die unsicheren Arbeitsplätze werden die Arbeiter zu höheren Leistungen angetrieben. Aus Angst vor Entlassungen gehen kranke Arbeiter in die Fabriken und ruinieren ihre Gesundheit. Zur gleichen Zeit erhalten die Unternehmer runde 8 1/2 Milliarden Investitionshilfe zu niedrigsten Zinsen. Zu alledem gibt die SPD ihren Segen!

DOCH DAMIT NICHT GENUG!

Die Unternehmer weigern sich weiterhin, diese Gelder zu investieren. Sie wollen mehr. Durch politischen Zwang wollen sie für die Zukunft verhindern, daß die Arbeiter für ihre eigenen Interessen eintreten können. Die lange geplanten Notstandsgesetze sollen mit Hilfe der Sozialdemokraten jetzt verabschiedet werden.

Das bedeutet für die nächste Krise :

Verbot des Streikrechts,

Arbeitszwang,

Dienstverpflichtung für Arbeiter.

Die Arbeiterklasse soll als politische Kraft ausgeschaltet werden.

verantwortlich: SDS, Gruppe Frankfurt

Aber nicht nur die Arbeiterklasse, die ganze Gesellschaft soll an die Kette des Kapitals gelegt werden. "Formierte Gesellschaft" heißt nichts anderes als totale staatliche Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens. Jegliche Opposition soll ausgeschaltet werden.

Bei dem Streik in Hanau forderte die Direktion der Dunlop-Werke Polizeieinsatz gegen streikende Arbeiter. Der Oberbürgermeister weigerte sich, die Polizei einzusetzen. Darauf Direktor Schneider von Dunlop:

"Wenn ein Notstand ausbricht, dann versagt in Hessen die Demokratie!"

Eure Kollegen in Hanau haben begriffen worum es den Unternehmern und ihrer Regierung geht. Ausspruch eines streikenden Gummiarbeiters:

"Wenn wir uns heute nicht wehren, drehen die uns morgen den Hals ab."

Wir Studenten spüren die Notstandsmaßnahmen schon heute am eigenen Leib. Auch wir sollen mündtot gemacht werden. Die geplante Studienreform kann nur als "Notstandsgesetz für die Universität" bezeichnet werden. Unser Studium soll in Zukunft einer totalen Kontrolle durch die Bürokratie unterworfen werden. Jeder Student soll ein Fachstudium betreiben, das es ihm ermöglicht, den Unternehmern möglichst bald zu Diensten zu stehen. Jede politische Arbeit, jede Opposition, jede Kritik soll ausgeschaltet werden. Kritik ist Gift für das System. Die Universität soll zu einer "Fabrik für Fachidioten" gemacht werden. Wer sich nicht an die Bestimmungen hält, wird die Uni verlassen müssen.

Auch wir Studenten haben begriffen!

Unser Kampf richtet sich gegen die totale Formierung und Militarisierung der Gesellschaft zugunsten des Kapitals. Wir kämpfen gegen Notstandsgesetze und staatliche Kontrolle der Universitäten, gegen Einschränkung der Lernfreiheit und politische Zensur.

Die Herrschenden reagieren empfindlich!

Unsere Demonstrationen werden niedergeknüppelt. Benno Ohnesorg wurde ermordet. Sein Mörder wurde durch die politische Justiz freigesprochen. Fritz Teufel soll einen Stein geworfen haben, er saß Monate im Untersuchungsfängnis.

Die Presse verfälscht unsere Aktionen durch einseitige Berichterstattung.

Wir werden als "Faschisten" diffamiert, gerade weil wir gegen den Faschismus kämpfen, den uns die Unternehmer, die Große Koalition und das Parlament durch die Notstandsgesetze bescheren. Die Arbeiterschaft wird von der Springerpresse gegen die Studenten aufgehetzt. Glaubt ihren Lügen nicht. Die politisch verantwortungsbewußten Studenten und die Arbeiter haben gleiche Interessen.

Wir kämpfen gemeinsam gegen Unternehmer, Notstandsgesetze und totale Militarisierung der Gesellschaft. Weil wir kämpfen, werden wir verfolgt. Gegen den SD3 laufen weit über 500 Straf- und Ermittlungsverfahren wegen politischer Delikte. Politisch aktive Arbeiter verlieren ihre Arbeitsplätze.

Die Sozialdemokraten geben dazu ihren Segen.

Wir dürfen nicht länger stillhalten!

Gemeinsam mit der Arbeiterklasse kämpfen wir gegen das kapitalistische System. Wir haben von ihm nichts anderes zu erwarten als:

gesteigerte Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Notstandsgesetze und Faschismus, Rüstung und Krieg.

Organisieren wir den Widerstand!

ARBEITER UND STUDENTEN GEMEINSAM NACH BONN!

Sozialdemokraten! RAUS AUS DER GROSSEN KOALITION

Gewerkschaften! RAUS AUS DER KONZERTIERTEN AKTION

7.12.67 - 27.11.67

8

sds - sds- sds- sds- sdss- sds- sds- sds- sds- sds- sds

KONZIL UND SENAT VERWEIGERN DIE DEMOKRATISIERUNG DER HOCHSCHULE

In einem sechsstündigen teach- und sit-in forderten mehr als 1000 Studenten:

- die demokratische Öffentlichkeit aller akademischen Gremien
- paritätische Besetzung aller akademischen Gremien, auch der satzungsgebenden Konzils
- qualitative Mitbestimmung auch in Instituten und Seminaren

Senat und Konzil tagten hinter verschlossenen Türen. Sie verweigerten den Studenten die Öffentlichkeit, die eine Voraussetzung jeder demokratischen Diskussion und Entscheidung über die prozentuale Mitbestimmung ist.

Das formale Zugeständnis des Konzils, das den Studenten eine 20%ige Mitbeteiligung am satzungsgebenden Konzil zusicherte, diktiert der Studentenschaft die Bedingungen, unter denen dieser Beschluß in Kraft treten soll. Die Auflage sieht eine Bevorzugung der Fachschaftsvertreter vor den Parlamentsvertretern vor. Die Fachschaften bestehen aber nicht einmal in allen Disziplinen; darüber hinaus fehlt es den meisten Fachschaften an der demokratischen Legitimation, da sie nicht gewählt wurden.

Die Professoren wollen sich unter weitgehender Ausschaltung des demokratisch gewählten Parlaments die studentischen Vertreter selbst aussuchen.

Die auf dem teach-in versammelten Studenten erklären dazu:
DIE AUTONOME STUDENTENSCHAFT DER UNIVERSITÄT FRANKFURT HAT KEINE AUTORITÄRE BEVORMUNDUNG NOTIG! SIE LÄSST SICH KEINE PROFESSORALEN AUFLAGEN DIKTIEREN.

Darüberhinaus weigerte sich der Senat, die Forderungen des AstA und der Studenten vom teach-in am Montag, dem 27. 11. 67 zu behandeln. Weder über das vorläufige Verbot des SDS, noch über eingeleitete Disziplinarmaßnahmen gegen Kommilitonen wurde verhandelt.

Der Rektor und einzelne Professoren, die sich schließlich nach sechs Stunden zu nichtssagenden Stellungnahmen bequemen, waren nicht in der Lage, ihre Entscheidungen vernünftig und politisch zu begründen. Die Professorenschaft ist nicht bereit, die demokratischen Bedingungen für Verhandlungen und studentische Mitbestimmung herzustellen.

Der AstA übernahm die von der Mehrheit der Studenten aufgestellten Forderungen:

- bis zur Herstellung der demokratischen Öffentlichkeit, sowie realer qualitativer und paritätischer Mitbestimmung ziehen die studentischen Vertreter aus allen akademischen Gremien aus.
- der AstA beruft eine Vollversammlung aller Studenten ein, die über die Mitbestimmungsforderungen beschließen wird.
- auf der Vollversammlung werden Streikmaßnahmen zur Diskussion gestellt, um diese demokratischen Ansprüche der Studentenschaft durchzusetzen.

BRECHT DIE DIKTATUR DER ORDINARIEN!

z.d.A.

13.12.67

An alle noch klar denkenden Studenten

Kommilitoninnen und Kommilitonen !

Der nachfolgende Text ist eine Leseprobe aus der schriftlichen Stellungnahme des AStA zum "Go in" in die Vorlesung von Carlo Schmid am 20. Nov. 1967, die ich Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehlen möchte:

Daß die Universität veraltet, erstarrt, unzeitgemäß sei, ist ein Gemeinplatz. Verzweiflung über ihre offenbare Unfähigkeit, sich zu reformieren, ergreift immer mehr Studenten. Darüber, was zu tun sei, hat studentische Politik allerdings das allgemeine Einverständnis aufgekündigt. Aktionen wie das Go-In bei Prof. Carlo Schmid sind Bestandteil einer studentischen Praxis, die nicht mehr bei Beanstandungen der mangelnden technischen Effizienz der Hochschulen stehen bleibt, sondern diesen Begriff von Effizienz selbst in die Kritik einbezieht. Damit kritisiert sie Tendenzen zur Effektivierung des Lehrbetriebs, durch welche die Wissenschaft zum Produktionsfaktor im entfalteten Kapitalismus werden soll. Dies zielt auf die Inhalte von Forschung und Lehre, d.h. auch ihre möglichen emanzipatorischen Potenzen. Währenddessen umgreift ein gesamtgemeinschaftlicher Formierungsprozeß Wissenschaft als gesellschaftliche Tätigkeit, indem er sie außerwissenschaftlichen Interessen dienstbar macht.

Der verhängnisvolle Zusammenhang zwischen Universität als Produktionsstätte hochqualifizierter Arbeit, zwischen Herrschaft, Großwirtschaft, Rüstung, militärischer und ziviler Forschung usw. ist es, der zerbrochen, mindestens aber sichtbar gemacht werden soll.

In diesem Kontext kann Abstinenz der Wissenschaft von politischer Praxis - eine Abstinenz, durch die sie jederzeit Werkzeug in den Händen von Machteliten werden kann - innerhalb einer durch Notstandsgesetze paralyisierten parlamentarischen Demokratie eine erneute widerstandslose Gleichschaltung begünstigen: - begünstigt sie tendenziell heute schon.

Wissenschaft wird zum Herrschaftsinstrument, wenn sie nicht kritisch über ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen nachdenkt, wenn sie Zusammenhänge zwischen Theorie und Praxis nicht verschweigt oder verleugnet, sondern im Gegenteil bewußt herstellt. Eine Wissenschaft, die sich für grundsätzlich unpolitisch hält, ist ebenso politisch wie jede andere, nur daß sie es nicht merkt.

Kommilitoninnen und Kommilitonen !

Dieser Absatz bildete die Einleitung des Schreibens. Dem Inhalt nach stellt er ein politisches Bekenntnis der Schreiber dar.

Es ist schwer, aus dem phrasenreichen Wortgeklingel klug zu werden. Wenn der AStA Tendenzen zur Effektivierung des Lehrbetriebes kritisiert, durch welche die Wissenschaft zum

Nicht allein der SDS sorgt sich um den Bestand der Demokratie in der Bundesrepublik, sondern auch der RCDS. Allerdings sieht der RCDS die Gefahren für die Demokratie nicht bloß auf der äußersten Rechten, sondern auch auf der äußersten Linken. So erscheint uns für jede Demokratie die Argumentation und das Verhalten des SDS im Folgenden bedenklich :

1. Der SDS will, daß sich jeder Mensch politisch betätigt.

Der RCDS hält eine solche allgemeine politische Betätigung auch für wünschenswert, aber utopisch, es sei denn, die politische Betätigung wird durch staatlichen Zwang erreicht, wie es die Praxis " sozialistischer " und faschistischer Diktaturen ist. Dies jedoch ist eine Verletzung der Menschenrechte.

2. Der SDS erkennt nur noch " weißen " Terror.

Beispiel : SDS-Mitglied Trautwein erklärte anläßlich der Unterschriftensammlung zum sog. Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze die Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni durch sowjetisches Militär für rechtmäßig, da diese Maßnahmen durch Brandstiftung provoziert worden seien. Auf die Entgegnungen, daß er dann einen Einsatz der Bundeswehr im " inneren Notstand " befürworten müsse, antwortete er, daß das etwas anderes sei, das drüben wäre ein sozialistischer Staat !

Der RCDS wendet sich gegen jeden Terror!

3. Der SDS will bei der " Demokratisierung der Hochschule " die studentische Vollversammlung politische Entscheidungen treffen lassen.

Eine Menschenmenge trifft ihre Entscheidungen meist nicht rational, sondern sie ist durch Agitatoren manipulierbar (vgl. die Rede des Demagogen Goebbels im Sportpalast) !

Der RCDS fürchtet, daß der SDS dies auch weiß und für seine politischen Ziele nutzen will, eine Befürchtung, die durch die Bemerkung des Herrn Krahel vor dem Studentenparlament verstärkt wird, daß man dem SDS beim " go-in " bei Carlo Schmid höchstens taktische Fehler vorwerfen könne, das nächste Mal werde man mit Kadern in solche Veranstaltungen gehen, damit die versammelten Studenten " richtig " reagieren.

Darüberhinaus halten wir die Methoden der "actions directes" nicht einmal für sozialistisches, sondern für anarchistisches Gedankengut. Der Begriff wurde von Proudhon vor über 100 Jahren geprägt. Die diesen Begriff anwandten, waren Anarchisten, die im krassen Gegensatz zu Marx und Lenin standen.

Sind Sie mit dem Pamphlet
einverstanden?

Bemhardt.

(Nach Vereinbarung mit
Prof. Koch in Tregler)

Der SDS lädt erneut zum Teach-in. Er gibt damit freundlicher Weise "dem Senat die Gelegenheit, seine Diskussionsbereitschaft unter Beweis zu stellen."

Die neue Ladung und die früheren Vorgänge machen es für jeden klar: Der SDS will allein bestimmen,

wann diskutiert wird,
wo diskutiert wird,
worüber diskutiert wird,
von wem diskutiert wird,
vor welchem Publikum diskutiert wird,
und ob überhaupt diskutiert wird.

Es gibt auch außerhalb des SDS, auch in der "reaktionären Professorenschaft", viele, die zur Diskussion bereit sind. Nur haben sie die offenbar antiquierte Vorstellung, dass Diskussionspartner zunächst das besprechen und sich darüber einigen müssen, was der SDS allein bestimmen will. Und es gibt auch die Ansicht, der SDS repräsentiere nicht die Studentenschaft, eine Diskussion solle daher auch von anderen Gruppen getragen werden. Alles antiquierte Vorstellungen? Und vielleicht trotzdem demokratisch? Jedenfalls müsste man sachlich darüber sprechen.

Aber vielleicht will der SDS keine sachliche Diskussion, mit sachlichen Argumenten? Entsprechende Versuche sind bisher nicht bekannt geworden. Kann man auf dem Markt lauter schreien? Der SDS will ja auch selbst bestimmen, was Terror ist -so daß Nötigungen, Hausfriedensbruch, Demagogie dann kein Terror sind, wenn der SDS daran beteiligt ist. Es ist immer die andere Seite, die erpreßt und unterdrückt. Armer SDS ? Arme Universität !

Der SDS lädt erneut zum Tanz. Wehe dem, der ihm einen Korb gibt, denn damit verweigert er die Herstellung der Öffentlichkeit. Auch was das ist, bestimmt der SDS.

Trotzdem sollte man sich keinem Diktat beugen.

Für die Pressestelle

13 1267 0
In alle noch klar denkenden Studenten

Kommilitoninnen und Kommilitonen !

Der nachfolgende Text ist eine Leseprobe aus der schriftlichen Stellungnahme des AStA zum "Go in" in die Vorlesung von Carlo Schmid am 20. Nov. 1967, die ich Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehlen möchte:

Daß die Universität veraltet, erstarrt, unzeitgemäß sei, ist ein Gemeinplatz, Verzweiflung über ihre offenbare Unfähigkeit, sich zu reformieren, ergreift immer mehr Studenten. Darüber, was zu tun sei, hat studentische Politik allerdings das allgemeine Einverständnis aufgekündigt. Aktionen wie das Go-In bei Prof. Carlo Schmid sind Bestandteil einer studentischen Praxis, die nicht mehr bei Beanstandungen der mangelnden technischen Effizienz der Hochschulen stehen bleibt, sondern diesen Begriff von Effizienz selbst in die Kritik einbezieht. Damit kritisiert sie Tendenzen zur Effektivierung des Lehrbetriebs, durch welche die Wissenschaft zum Produktionsfaktor im entfalteten Kapitalismus werden soll. Dies zielt auf die Inhalte von Forschung und Lehre, d.h. auch ihre möglichen emanzipatorischen Potenzen. Währenddessen umgreift ein gesamtgesellschaftlicher Formierungsprozeß Wissenschaft als gesellschaftliche Tätigkeit, indem er sie außerwissenschaftlichen Interessen dienstbar macht.

Der verhängnisvolle Zusammenhang zwischen Universität als Produktionsstätte hochqualifizierter Arbeit, zwischen Herrschaft, Großwirtschaft, Rüstung, militärischer und ziviler Forschung usw. ist es, der zerbrochen, mindestens aber sichtbar gemacht werden soll.

In diesem Kontext kann Abstinenz der Wissenschaft von politischer Praxis - eine Abstinenz, durch die sie jederzeit Werkzeug in den Händen von Mächtigen werden kann - innerhalb einer durch Notstandsgesetze paralyisierten parlamentarischen Demokratie eine erneute widerstandslose Gleichschaltung begünstigen: - begünstigt sie tendenziell heute schon.

Wissenschaft wird zum Herrschaftsinstrument, wenn sie nicht kritisch über ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen nachdenkt, wenn sie Zusammenhänge zwischen Theorie und Praxis nicht verschweigt oder verleugnet, sondern im Gegenteil bewußt herstellt. Eine Wissenschaft, die sich für grundsätzlich unpolitisch hält, ist ebenso politisch wie jede andere, nur daß sie es nicht merkt.

Kommilitoninnen und Kommilitonen !

Dieser Absatz bildete die Einleitung des Schreibens. Dem Inhalt nach stellt er ein politisches Bekenntnis der Schreiber dar.

Es ist schwer, aus dem phrasenreichen Wortgeklingel klug zu werden. Wenn der AStA Tendenzen zur Effektivierung des Lehrbetriebes kritisiert, durch welche die Wissenschaft zum

Produktionsfaktor im entfalteten Kapitalismus werden soll, so habe ich mir das übersetzt, daß er gegen alle Bemühungen ist, Lehrmethoden von größerer Wirksamkeit einzuführen, um eine höhere Ausbeute an berufstüchtigen Akademikern zu erzielen. In der Medizin und in den Naturwissenschaften haben wir gerade in dieser Aufgabe einen wesentlichen Teil der Studienreform gesehen.

Warum ist auch der Zusammenhang zwischen der Universität als Produktionsstätte hochqualifizierter Arbeit und der Großwirtschaft oder der zivilen Forschung verhängnisvoll ? Er muß zerbrochen werden, heisst es ! Dieser Zusammenhang ist die Grundlage unserer gegenwärtigen und zukünftigen Existenz, sowohl des ganzen Volkes als auch jeder Einzelperson. Wissen die wortgewaltigen Schreiber der Epistel nicht, daß auch sie es nur diesem Zusammenhang zu verdanken haben, daß sie sich unbehindert von materieller Not ganztätig ihrem Hobby, dem politischen Extremismus hingeben können.

Die Zahl der Extremisten ist klein; ihre Häufigkeit ist naturgemäß am größten unter den Studenten, die sich schon vom Studium her mit politischen und soziologischen Fragen beschäftigen. Bei diesen Studenten ist das Theoretisieren und Praktizieren politischer Ideologien und politischer Kampfmethoden gewissermaßen Fachstudium. Bedeutet das aber automatisch, daß ihre Vorstellungen mit den Vorstellungen der Frankfurter Gesamtstudentenschaft identisch sind ?

Ich wende mich daher an alle, die bisher ihre Zeit darauf verwendet haben, ihr Fachstudium zu verfolgen. Prüfen Sie bitte Ihre politische Einstellung und überlegen Sie sich, wie weit sie sich mit dem politischen Programm des gegenwärtigen AStA identifizieren.

Prof. Dr. med. H. H. Hirsch, Chirurg
Wahlsenator der Nichtordinarien

Presseerklärung

=====

Durch einen Vorfall beim letzten teach-in in der Universität am 19. Dezember 1967 hat die Frage, unter welchen Voraussetzungen Polizeiangehörige auf dem Universitätsgelände anwesend sein dürfen, besondere Aktualität erlangt. Der Rektor hat daher Herrn Prof. Dr. Peter Lerche, Ordinarius für Öffentliches Recht an der Juristischen Fakultät der Universität München gebeten, diese Frage durch ein Gutachten grundsätzlich zu klären. Das Gutachten liegt inzwischen vor; es kommt zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Polizeigewalt ist räumlich prinzipiell umfassend. Die Universität München vermag sich nicht auf einen territorialen Sonderstatus zu berufen, insbesondere nicht auf ein angebliches, aus feudalistischer Zeit herrührendes territoriales "Privileg".

Andererseits bestehen auch und gerade im Universitätsbereich sachliche Schranken für polizeiliches Vorgehen. Neben den allgemeinen polizeirechtlichen Begrenzungen und Erschwernissen, z.B. für das Betreten von "befriedetem Besitztum", könnten speziell universitätsrechtliche Schranken vor allem aus Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes folgen: Die vom Grundgesetz vorgestellte und gewollte Forschung und Lehre ist nur in einer Atmosphäre prinzipieller Freiheit durchführbar. Deshalb wird jedoch nicht etwa jede staatliche Einwirkung auf dem Universitätsbereich unzulässig, sondern (unter diesem Aspekt) nur eine solche, die den spezifischen Bereich freier Forschung und Lehre zu beeinträchtigen droht. Hält sich die Polizei im Rahmen der allgemeinen polizeirechtlichen Rechtssätze, insbesondere des Übermaßverbots und des Erfordernisses "konkreter" Gefahr, so wird dieser spezifische Bereich in aller Regel nicht verletzt sein. Unter besonderen Umständen könnten sogar im Gegenteil die Aufrechterhaltung dieser Freiheit, die Sorge für die Gesamtheit der Universitätsangehörigen u.ä. einen polizeilichen Schutz rechtsstaatlich zwingend erforderlich machen, so wenig wünschenswert eine solche Erscheinung wäre und so sehr allseits Anstrengungen unternommen werden bzw. werden sollten, ihre Voraussetzungen nicht entstehen zu lassen.

Soweit die Universität in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsträger kraft der ihr eigenen, wiewohl umstrittenen "Anstaltsgewalt" (besser "Ordnungsgewalt") selbst in der Lage ist, für die Aufrechterhaltung der Grundrechtsordnung unverzüglich und wirksam zu sorgen, wäre polizeiliches Einschreiten nicht nur überflüssig, sondern rechtswidrig. Auch braucht nicht auf jede Störung reagiert zu werden. Wenn aber etwa massive Störtrupps, die z.B. von auswärts eindringen, gewichtige konkrete Gefahren für die Aufrechterhaltung des Grundrechts freier Forschung und Lehre oder der sonstigen rechtsstaatlichen Schutzgüter öffentlicher Sicherheit und Ordnung, z.B. der körperlichen Unversehrtheit der Studierenden, erzeugten, so müßte es klar sein, daß sie es wären und nicht die Universitätsorgane, die im Ergebnis die Polizei in die Universität hineinzögen.

Zentraler als diese Probleme polizeilichen Einschreitens dürfte eine grundsätzliche Frage sein; ob der Versuch der Universität gelingt oder mißglückt, bei den Betroffenen allmähliches Verständnis dafür zu erwecken, daß, um Veränderungen zu bewirken,

an Magn. vorgelegen

d.A. (630-01) *Kun*

der demokratische Weg der Respektierung der Rechtsordnung seinen Gegenteil vorzuziehen ist, auch wenn dieser demokratische Weg, den die Behörden nicht versperren dürfen, sondern nach Kräften zu erleichtern haben, nicht immer der kürzeste sein mag. Die Frage der "Polizei im Universitätsgebäude" ist jedenfalls nicht nur als isoliertes Problem zu begreifen.

2. In der Spezialfrage, ob eine Rechtspflicht von Polizeiangehörigen, die dienstlich bei einer öffentlichen Versammlung anwesend sind, sich dem Leiter der Versammlung zu erkennen zu geben, ist die bisherige Rechtslage noch nicht zweifelsfrei. Die gängige Meinung sieht im Unterbleiben einer derartigen Meldung prinzipiell keine Rechtsverletzung. Es ist nicht unmöglich, daß sich die Rechtsmeinung in diesem Punkte wandeln könnte. So ließe sich etwa eine differenziertere Betrachtungsweise dahingehend vorstellen, daß die Meldung ohne Rechtsverstoß nur dann unterbleiben dürfte, wenn und soweit dies aus anderweitigen vorgehenden Rechtsgründen gerechtfertigt wäre. Da also die Rechtslage in diesem Punkte noch unausgereift erscheint, wäre rechtspolitisch eine normative Klarstellung zu empfehlen.

Die Situation!

Die Universität Frankfurt steht vor einer Herausforderung, aber es ist nicht so sehr die Herausforderung durch den SDS, der ja trotz aller Publizität, die er erfährt und sich verschafft, nur eine Minderheit darstellt, sondern vielmehr durch die Frage nach ihrer eigenen inneren Struktur.

Es wäre töricht, zu glauben, die Problematik, vor der unsere Universität steht, sei nur in ihr entstanden oder von ihr verursacht. Auf der ganzen Erde demonstrieren heute Studenten und verfechten leidenschaftlich die unterschiedlichsten Ziele. In den Vereinigten Staaten demonstrieren sie gegen den Vietnam-Krieg, in Deutschland gegen die Pläne für die Notstandsgesetzgebung. In Indonesien stellten sie sich an die Spitze von antikommunistischen Massakern. Offenkundig liegen dieser weltweiten Bewegung auch weltweite und vielfältige Ursachen zugrunde.

Heute studiert überall an den Universitäten eine Generation, die erst nach dem Kriege aufgewachsen ist. Für ihre Eltern stellten in dieser Zeit heftige internationale Gegensätze oder Zwang zu raschem Wiederaufbau alles andere in den Schatten. Sie überdeckten entscheidende Aufgaben der Gegenwart und hemmten ihre Lösung. Für die neue Generation bedeuten Anti-Kommunismus im Westen, Anti-Kapitalismus im Osten und Anti-Imperialismus in den Entwicklungsländern nicht mehr dasselbe wie für ihre Eltern. Jedenfalls reichen solche Schlagworte offensichtlich nicht aus, um die drängenden Aufgaben der Gegenwart zu bewältigen.

Von jeher war zwar das Studium nur ein Durchgangsstadium für den einzelnen, aber ein entscheidendes. Studierende sind Erwachsene, die jedoch allzuoft noch sozusagen auf der Schulbank sitzen. Ist es unverständlich, daß das Konflikte schafft? Je kritischer und engagierter sie sind, desto weniger können sie sich mit dieser Situation zufriedengeben.

Stärker noch als anderswo hat in der Bundesrepublik die Nachkriegsentwicklung Probleme verdrängt. Dem Zusammenbruch des Dritten Reiches ist eine wirklich tiefgreifende geistige Auseinandersetzung nicht gefolgt. Die Tagesprobleme schienen überwältigend. Engagement wurde gering, Skeptizismus hoch geschätzt. Ausschlaggebende Aufgaben blieben ungelöst, ja sogar uneingestanden. Sie endlich anzufassen war mit ein Grund der Großen Koalition in Bonn. Andererseits schien durch sie praktisch auch die parlamentarische Opposition weitgehend aufgehoben. Damit wurde für viele theoretisch und prinzipiell politisch Interessierte das Problem der Demokratie in radikaler Weise zur Diskussion gestellt. Fragen, zum Beispiel der Ostpolitik, die bis dahin als Tabu betrachtet worden waren, treten nun hervor. All das trägt ohne Zweifel heute zu der Bewegung unter den Studierenden bei.

Gewiß ist an dieser Bewegung auch ein gut Teil internationale Mode, Sturm und Drang, manchmal auch nur Gaudium. Agitatoren mischen sich ein. Für die Universität als Ganzes entschei-

dend jedoch ist die Tatsache, daß die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erneut aufgeworfene Frage nach der Reform der Hochschulen in wesentlichen Punkten ungelöst auf der Tagesordnung stehengeblieben ist. Auch dafür gibt es viele Gründe. Neben den alles verdrängenden Weltgegensätzen und Tagesfragen des Wiederaufbaues liegt die Grundproblematik wohl darin, daß an und in der Universität Wissenschaft und Ausbildung für Berufe ein besonders kompliziertes Verhältnis eingehen müssen. Es stehen einander gegenüber Lehre und Ausbildung zum Teil für Massenberufe und für rasch anschwellende Studentenzahlen, andererseits Lehre und Forschung in manchmal hochspezialisierten, in ständiger Bewegung begriffenen und eng begrenzten Fachgebieten, die den Forscher ganz und ungeteilt erfordern. Beidem muß die Universität Rechnung tragen, beides löst sich nicht durch einfache Formeln, schon gar nicht durch Teach-in, Go-in und Sit-in. Damit ändert man nichts, sondern schafft nur Fronten und neue überflüssige Konflikte. Die Universität als Ganzes darf sich dadurch nicht von ihrer sinnvollen Weiterentwicklung ablenken lassen.

Gewiß hat auch die Frankfurter Universität an dieser entscheidenden Aufgabe manchmal nur herumlaboriert. In immer weniger Fächern ist die unmittelbare Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden noch in den überlieferten Formen möglich. Sowohl die Beziehungen zwischen Studierenden und Lehrenden wie die Struktur des Lehrkörpers und das Verhältnis zwischen Professoren, Dozenten und Assistenten bedürfen dringend der Reform. Die Vorstellung jedoch von der reaktionären und autoritären Ordinarien-Universität ist naiv und eine grobe Verzerrung. Schwerlich gibt es irgendwo ein weiteres Spektrum von Ansichten und Standpunkten als im Lehrkörper einer Universität. Dasselbe gilt für die Studentenschaft. Das braucht uns nicht daran zu hindern, im Grunde zu begrüßen, daß das Hochschulgesetz des Hessischen Landtags und die Unruhe vieler Studenten die Dinge in Bewegung gebracht haben. Wir dürfen uns nur nicht zu falschem Handeln verleiten lassen. Demonstrieren und pseudorevolutionäres Agitieren mögen hervorragend geeignet sein, um die Aufmerksamkeit zu wecken. Konkrete Aufgaben werden so nicht gelöst. Am wenigsten helfen persönliche Anwürfe. Die Reform der Hochschule kann nur durch das Zusammenwirken aller Beteiligten verwirklicht werden. Dazu möchten wir alle Studentinnen und Studenten, alle Kolleginnen und Kollegen aufrufen. Die nächste Gelegenheit dazu bietet die weitere Beratung der Satzung in den Gremien der Universität. Aber dafür und für die Zukunft brauchen wir nicht überspitzte Halbwahrheiten oder verzerrende Klischees, sondern sachliche Information und Diskussion.

Zuschriften und Stellungnahmen bitte an die Pressestelle der Universität.

SDS - Frankfurt, Wilhelm-Hauff-Straße 5 tel. 77 64 22

Der Senat hat angeboten, "jeder Zeit" mit den Studenten zu diskutieren. Wir nehmen den Senat beim Wort und geben ihm die Gelegenheit, seine Diskussionsbereitschaft unter Beweis zu stellen.

A C H - I N , DIENSTAG 19 UHR, HÖRSAAL VI - T E A C H - I N

Seit zwanzig Jahren demonstrieren unsere Professoren ihre Unfähigkeit, die Probleme der deutschen Universität vernünftig zu lösen:

- statt vernünftiger Lehrveranstaltungen repressive Zwischenprüfungen
- statt vernünftiger Studienbedingungen Numerus Clausus und Zwangsexmatrikulation
- statt Diskussion der gesellschaftlichen und politischen Relevanz von Wissenschaft im Lehrbetrieb Verbot politisch aktiver Gruppen und Disziplinarverfahren gegen politisch aktive Studenten
- statt Schaffung einer demokratischen Universität verkrampfter Legitimationsversuch feudaler Institutspotentaten

2000 demonstrierende Studenten machten Rektor und Senat klar, daß eine neue Satzung in der Öffentlichkeit diskutiert werden muß. Der Versuch der Ordinarien, per Satzungsdekret den unhaltbaren Zustand der Universität und ihre irrationalen Machtpositionen zu stabilisieren, muß durch öffentliche Diskussion verhindert werden.

Eine studentische Satzungskommission versucht, Vorschläge zu erarbeiten, die die Demokratisierung der Universität und die Berücksichtigung studentischer Interessen gewährleisten sollen. Sie wird ihre ersten Thesen zur

- Demokratisierung der Universität
- Mitbestimmung am Arbeitsplatz: in den Instituten, Vorlesungen und Seminaren
- Strukturreform: Abschaffung der Fakultäten und Bildung von Abteilungen
- Strategie zur Durchsetzung dieser Forderungen

auf dem T E A C H - I N zur Diskussion stellen.

- T E A C H - I N T E A C H - I N T E A C H - I N

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

drittelparität nur in diktatur?

Rektor Rüegg: ... Insofern sind ihre Interessen, sind nicht zu vergleichen mit irgendeinem Industriebetrieb, und aus diesem Grunde ist überhaupt nur schon die Rede von einer Drittelparität, ist, wenn man's genau untersucht, ist nicht vertändlich. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß es auf der ganzen Welt nur einen südamerikanischen Staat gegeben hat, in dem die Studenten mit etwas über 30 % vertreten waren. Das war aber eine Diktatur und es gibt auch jetzt noch einen kleinen südamerikanischen Staat, in dem die Studenten so stark beteiligt sind. Sonst, und insbesondere in den demokratischen Ländern spricht kein Student und spricht niemand davon, daß Studenten ähnlich wie das nur bei Arbeitnehmern oder etwa gar in einem parlamentarischen Modell in einem bestimmten Proporz beteiligt sein sollten. Wir sind der Auffassung, daß die Gliederung der Universität nach Funktionen, die durchaus eine Strukturreform in sich schließt, eine Neuordnung der Mitverantwortung aller Personengruppen an der körperschaftlichen Selbstverwaltung erfordert, jedoch nach den Prinzipien einer qualitativen Repräsentation. Das kann durchaus sich dann in Größenordnungen bewegen, die etwa zwischen 15 und 20 % liegen, wie es die hessische Landesregierung für vernünftig erachtet. ...

nicht-gewählter senat undemokratisch

Kultusminister Schütte: .. Ich will mich noch ganz kurz beziehen auf das, was Magnifizenz Rüegg gesagt hat. Ob im Funktionszusammenhang, im System unserer Universität 20 oder 33 % demokratisch sind, und ob daß, je höher der Anteil der Studenten sei, eine Neigung zur Diktatur bestünde, das würde ich also dahingestellt sein lassen. Ich glaube, die Studenten sind auf diese Drittelforderung, auf dieses Modell gekommen, weil wir immer intensiv gefragt haben, was stellt ihr euch eigentlich unter Demokratisierung vor? Ich selbst habe auch immer gesagt, das Modell der parlamentarischen Demokratie läßt sich ja nicht ohne weiteres, jedenfalls nicht formal, auf die Universität übertragen. Da gibt's ja z.B. die formale Mitgliedschaft zum, die gekörnte Mitgliedschaft zum Senat, und das ist ja grad' kein demokratisches Phänomen. So ist es also zu dieser Drittelung gekommen. ...

löst die fakultäten auf!

2. AstA-Vorsitzender Streeck: .. Aber ich wollte eigentlich darauf hinaus, weshalb eigentlich nun diese Drittelparität-Forderung? nun, das hat in Deutschland einen ganz konkreten historischen Hintergrund. Die deutsche Universität, und das ist glaube ich das Entscheidende, ist derartig erstarrt, derartig in ihren alten Formen versteigert und verfestigt, daß es keine andere Möglichkeit gibt, so meinen wir, eine effektive und sinnvolle Umstrukturierung der Universität durchzusetzen, als dadurch, daß man die Entscheidungsprozesse innerhalb der Universität soweit öffnet, daß auch diejenigen, die unmittelbar an dem Zustand der Universität leiden, nämlich die Studenten, daß auch diejenigen ihr Interesse in die Entscheidungsgremien hineinbringen können und dort effektiv vertreten können. Diese 33 1/3 sind kein Selbstzweck, sondern sie sind dazu da, von innen her unter Bewahrung der sog. und vielzitierten Hochschulautonomie - und da würde Magnifizenz Rüegg wahrscheinlich mit mir einig sein, daß man die doch wohl zu bewahren hätte - unter Bewahrung dieser Hochschulautonomie die Reform der Hochschule, die Anpassung an die Gegebenheit einer sozialen Demokratie zu beschleunigen. Z.B. die Fakultäten: wir fordern die Drittelparität, sind aber der Ansicht, daß diese Fakultäten in sich ein gänzlich überholtes Instrument der Steuerung von Forschung und Lehre sind. Wir würden meinen, daß man diese aufzulösen hätte und an ihre Stelle Abteilungen setzen sollte, in die dann wiederum die alten Institute integriert würden. Innerhalb dieser Abteilungen könnte sich dann ein demokratischer Interessenausgleich zwischen Lehrenden und Lernenden und zwischen dem Mittelbau abspielen. ...

19. 12. 67

heute: teach-in kritische universität

Eine Hochschulreform kann nur mit den Studenten, nicht gegen die Studenten erfolgen.

Trotz erklärter Bereitschaft des Senats zu einer Diskussion über Hochschulpolitik rettet er sich in Ausflüchte, wenn es Ernst wird. Die Ordinarien sind nicht willens und offenbar nicht fähig, in rationaler Diskussion ihren Herrschaftsanspruch in der Universität zu legitimieren. Zum Vorwand dient ihm die Diffamierung aktiver Studentengruppen als terroristisch. Terroristisch seien sie, weil sie nach 20 Jahren systematisch hintertriebener Hochschulreform demonstrativ und provokativ endlich eine Demokratisierung der Universität erzwingen wollen.

Der SDS hat bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit den vielfältigsten demokratischen Mitteln die Entscheidungsgremien der Universität zu einer Darlegung ihrer Konzeption von Hochschulreform vor den Studenten aufgefordert. Er tat dies erneut nach den Ereignissen der letzten Konzils- und Senatssitzung und lud vor einer Woche den Senat zu einer Veranstaltung über Hochschulreform ein.

Auf diese Einladung antwortete die Pressestelle des Rektors und denunzierte eine solche Veranstaltung als Versuch des SDS, allein über Form und Inhalt einer Diskussion über Hochschulreform bestimmen zu wollen.

Wir stellen fest: der SDS diskutiert mit wem auch immer und worüber auch immer, - aber unter einer Voraussetzung: in aller Öffentlichkeit.

Die Unfähigkeit professoraler "Fachidioten", endlich die Universität selbst zum Gegenstand der Forschung zu machen, wird dadurch dokumentiert, daß der Rektor erklären läßt: "Aber vielleicht will der SDS keine sachliche Diskussion, mit sachlichen Argumenten? Entsprechende Versuche sind bisher nicht bekannt geworden." Seit 7 Jahren liegt eine ausführliche Schrift des SDS zur Demokratisierung der Universitäten vor. Prof. v. Friedeburg bezeichnete sie bei der Veranstaltung mit Kultusminister Schütte und Rektor Rüegg als die fundierteste Untersuchung, die nach dem Krieg überhaupt vorgelegt wurde. Aber: der Senat kennt sie nicht und weil er sie nicht kennt, hat der SDS keine Argumente.

Wir fordern den Senat noch einmal auf, sich einer demokratischen Diskussion der Hochschulreform und der studentischen Opposition an der Universität zu stellen.

Wir laden ein zu einem t e a c h - i n "Kritische Universität", heute Abend, DIENSTAG, 19.00 h, Hörsaal VI

B R E C H T D I E D I K T A T U R D E R O R D I N A R I E N !

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

A R G U M E N T E

statt Schlagworte und Diffamierung !

Der VDSSt hat sich schon mehrmals an die Studentenschaft gewandt. Damit will er klarstellen, daß die vom SDS inszenierten Aktionen nicht einfach die Haltung der Studentenschaft widerspiegeln. Im Ringen um die Hochschulreform diffamieren diese Methoden das gesteckte Ziel. Es gibt keinen Weg zur Demokratisierung über Terror und Nötigung.- In der Diskussion geht es jetzt um die Wahl der richtigen Mittel, die geeignet sind, den Studenten bei der Beratung der neuen Satzung Gewicht zu geben. Nötigung, Terror und Niederschreiben des Gegners sind dazu unseres Erachtens nicht geeignet.

Wir kritisieren das Verhalten des SDS. Auf diese Kritik kam nichts als eine Verleumdung. Wie primitiv! Wer statt der Kritik den Kritiker angreift, macht es sich zu einfach! Dadurch werden unsere Argumente nicht entkräftet!

Es hat sich eingebürgert, in der Argumentation zu verallgemeinern, von "den Rechten", "den Linken", zu sprechen. Gegner werden als "reaktionär", "faschistisch" oder "anarchistisch" abgestempelt. Sind denn die Studenten so dumm, daß nur Schlagworte etwas ausrichten können?- Wir haben eine höhere Meinung von unseren Kommilitonen.

Es scheint vergessen worden zu sein, daß es um die Reform der Universität geht. Wer diese Hochschulreform nur als Vorwand für eine radikale gesellschaftliche Umwälzung benutzt, schadet den berechtigten Reformwünschen der Studenten. Für die Auseinandersetzung ist ein Minimum an Sachlichkeit notwendig. Deshalb wenden wir uns gegen die ständig zunehmende Polemisierung der Diskussion. Meinungs- und Informationsfreiheit gibt das Recht, seine Meinung frei zu äußern, nicht aber das Recht, sie dem anderen gegen dessen Willen aufzuzwingen!

Wir wollen Argumente, nicht Schlagworte,
geistige Auseinandersetzung, nicht Bürgerkrieg an der Universität!

UNTERSTÜTZEN SIE UNS!

Verein Deutscher Studenten Frankfurt
6 Frankfurt/M. W-13
Große Seestr. 26
Tel.: 77 73 65

Presseerklärung

=====

Durch einen Vorfall beim letzten teach-in in der Universität am 19. Dezember 1967 hat die Frage, unter welchen Voraussetzungen Polizeiangehörige auf dem Universitätsgelände anwesend sein dürfen, besondere Aktualität erlangt. Der Rektor hat daher Herrn Prof. Dr. Peter Lerche, Ordinarius für Öffentliches Recht an der Juristischen Fakultät der Universität München gebeten, diese Frage durch ein Gutachten grundsätzlich zu klären. Das Gutachten liegt inzwischen vor; es kommt zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Polizeigewalt ist räumlich prinzipiell umfassend. Die Universität München vermag sich nicht auf einen territorialen Sonderstatus zu berufen, insbesondere nicht auf ein angebliches, aus feudalistischer Zeit herrührendes territoriales "Privileg".

Andererseits bestehen auch und gerade im Universitätsbereich sachliche Schranken für polizeiliches Vorgehen. Neben den allgemeinen polizeirechtlichen Begrenzungen und Erschwernissen, z.B. für das Betreten von "befriedetem Besitztum", könnten speziell universitätsrechtliche Schranken vor allem aus Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes folgen: Die vom Grundgesetz vorgestellte und gewollte Forschung und Lehre ist nur in einer Atmosphäre prinzipieller Freiheit durchführbar. Deshalb wird jedoch nicht etwa jede staatliche Einwirkung auf dem Universitätsbereich unzulässig, sondern (unter diesem Aspekt) nur eine solche, die den spezifischen Bereich freier Forschung und Lehre zu beeinträchtigen droht. Hält sich die Polizei im Rahmen der allgemeinen polizeirechtlichen Rechtssätze, insbesondere des Übermaßverbots und des Erfordernisses "konkreter" Gefahr, so wird dieser spezifische Bereich in aller Regel nicht verletzt sein. Unter besonderen Umständen könnten sogar im Gegenteil die Aufrechterhaltung dieser Freiheit, die Sorge für die Gesamtheit der Universitätsangehörigen u.ä. einen polizeilichen Schutz rechtsstaatlich zwingend erforderlich machen, so wenig wünschenswert eine solche Erscheinung wäre und so sehr allseits Anstrengungen unternommen werden bzw. werden sollten, ihre Voraussetzungen nicht entstehen zu lassen.

Soweit die Universität in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsträger kraft der ihr eigenen, wiewohl umstrittenen "Anstaltsgewalt" (besser "Ordnungsgewalt") selbst in der Lage ist, für die Aufrechterhaltung der Grundrechtsordnung unverzüglich und wirksam zu sorgen, wäre polizeiliches Einschreiten nicht nur überflüssig, sondern rechtswidrig. Auch braucht nicht auf jede Störung reagiert zu werden. Wenn aber etwa massive Störtrupps, die z.B. von auswärts eindringen, gewichtige konkrete Gefahren für die Aufrechterhaltung des Grundrechts freier Forschung und Lehre oder der sonstigen rechtsstaatlichen Schutzgüter öffentlicher Sicherheit und Ordnung, z.B. der körperlichen Unversehrtheit der Studierenden, erzeugten, so müßte es klar sein, daß sie es wären und nicht die Universitätsorgane, die im Ergebnis die Polizei in die Universität hineinzögen.

Zentraler als diese Probleme polizeilichen Einschreitens dürfte eine grundsätzliche Frage sein; ob der Versuch der Universität gelingt oder mißglückt, bei den Betroffenen allmähliches Verständnis dafür zu erwecken, daß, um Veränderungen zu bewirken,

an Magn. vorgelegen

d.A. (630-01) *Kun*

der demokratische Weg der Respektierung der Rechtsordnung seinen Gegenteil vorzuziehen ist, auch wenn dieser demokratische Weg, den die Behörden nicht versperren dürfen, sondern nach Kräften zu erleichtern haben, nicht immer der kürzeste sein mag. Die Frage der "Polizei im Universitätsgebäude" ist jedenfalls nicht nur als isoliertes Problem zu begreifen.

2. In der Spezialfrage, ob eine Rechtspflicht von Polizeiangehörigen, die dienstlich bei einer öffentlichen Versammlung anwesend sind, sich dem Leiter der Versammlung zu erkennen zu geben, ist die bisherige Rechtslage noch nicht zweifelsfrei. Die gängige Meinung sieht im Unterbleiben einer derartigen Meldung prinzipiell keine Rechtsverletzung. Es ist nicht unmöglich, daß sich die Rechtsmeinung in diesem Punkte wandeln könnte. So ließe sich etwa eine differenziertere Betrachtungsweise dahingehend vorstellen, daß die Meldung ohne Rechtsverstoß nur dann unterbleiben dürfte, wenn und soweit dies aus anderweitigen vorgehenden Rechtsgründen gerechtfertigt wäre. Da also die Rechtslage in diesem Punkte noch unausgereift erscheint, wäre rechtspolitisch eine normative Klarstellung zu empfehlen.